

gestellt. Das muss man als Ausgangsposition festhalten.

(Beifall von der SPD)

Unsere Abfrage bei den Jugendämtern hat 1.300 Härtefälle ergeben. Es mag sein, dass eine Zahl nicht in Ordnung ist, Herr Tenhumberg. Das will ich angesichts von 1.300 Maßnahmen nicht bezweifeln. Das kann passieren. Das haben wir aber nicht gemacht, weil wir am Tisch böswillig eine Fälschung begangen hätten.

(Zurufe von der CDU: Nein, nein, nein!)

– Entschuldigung, Herr Laschet, Herr Tenhumberg, das Verfahren hat die Landesregierung ordnungsgemäß administriert.

Jetzt will ich noch einmal auf Ihr Verständnis vom Haushalt zurückkommen. Sie halten mir dieses blaue Buch vor und sagen, dort stehe, man könne mehr aus den Bundesmitteln nehmen, weil es – ich will es richtig wiedergeben – eine Position gibt, die Sie wie folgt zitieren: Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 331 geleistet werden. – Das war Ihre erste Ansage.

Dann haben Sie aber Titel 331 nicht mehr aufgeschlagen. Dort steht nämlich, dass es sich um 81 Millionen € handelt, die in diesem Haushalt festgeschrieben worden sind und die man verausgaben darf.

(Lebhafte Zurufe von der CDU – Gunhild Böth [LINKE]: Hören Sie doch einfach einmal zu!)

– Herr Laschet, zusätzliche Mittel vom Geld des Bundes dürfen nicht einfach so verausgabt werden. Die müssen über einen Nachtrag bereitgestellt werden. Haben Sie das immer noch nicht verstanden?

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie können bei mir einen Grundkurs machen!)

Wenn eine Zahl im Haushaltsgesetz verändert wird, muss ein Nachtragshaushalt aufgelegt werden. Das ist schlicht und einfach ein Gesetz des Landtages, das Sie hier völlig außer Acht lassen.

(Beifall von der SPD)

Sie setzen sich mit einer Nonchalance über eine Haushaltssystematik hinweg, die ich abenteuerlich finde. Es ist richtig, dass Sie Herr Linssen dabei wahrscheinlich gestoppt hat, diese Dinge zu tun. Das ist vermutlich der Fall gewesen. Sonst hätten Sie ja nicht am 22. Juni diesen Erlass schreiben müssen. Mittlerweile beißt sich die Katze selbst in den Schwanz. Sie kommen mit dem, was Sie uns vorwerfen, nicht durch, weil wir nämlich nach Haushaltsgesetz handeln. Wir können nichts anderes tun. Sie suggerieren uns ein abenteuerliches Verhalten, das Sie vielleicht gemacht hätten, wir aber nicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Gunhild Böth [LINKE])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Schäfer. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor – aufgrund der Verabredung zu dieser Aktuellen Stunde geht das auch gar nicht mehr –, sodass ich die erste **Aktuelle Stunde schließe.**

Ich rufe auf:

2 Modellvorhaben „Gemeinschaftsschule“

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/739

In Verbindung mit:

Die sogenannte Gemeinschaftsschule ist keine tragfähige Lösung vor Ort – Differenzierte Bildungsgänge erhalten und drohende Schulverwerfungen zwischen den Kommunen vermeiden

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/670

Die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben mit Schreiben vom 29. November dieses Jahres gemäß § 90 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt. In Verbindung damit diskutieren wir den erwähnten Antrag der FDP.

Ich eröffne die Beratung und erteile als Erstes für die antragstellende Fraktion der SPD Frau Kollegin Hendricks das Wort.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Aktuell zur Debatte heute im Landtag kann man in der „Zeit“ ein Interview mit Andreas Schleicher nachlesen. Ich will einfach einmal zitieren, was Andreas Schleicher heute, kurz vor der PISA-Veröffentlichung, die in der kommenden Woche stattfinden soll, sagt:

Deutschlands Schüler schnitten damals im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich ab. Die Leistungen der Schüler waren hierzulande extrem stark an die soziale Herkunft gekoppelt.

Früher habe er in Deutschland Empörung ausgelöst, sagt Schleicher, wenn er Bildungsangebote schon im Kindergarten vorschlug. Inzwischen bestreitet auch hier niemand mehr die Notwendigkeit

frühkindlicher Bildung. Auch Bildungsstandards, für die er damals plädiert habe, gebe es heute in Deutschland, sowie regelmäßige Vergleichsarbeiten. Ja, sogar das Zentralabitur in Nordrhein-Westfalen lobt Schleicher. Bei der Schulstruktur setzt sich das Zwei-Säulen-Modell durch, sagt Schleicher.

Richtig ist, meine Damen und Herren: Dem deutschen Bildungssystem wird nicht zuletzt durch die Bildungsstudien ein Mangel an Chancengerechtigkeit bescheinigt. Das Ziel der Chancengerechtigkeit ist umso schwerer zu erreichen, je früher Kinder auf unterschiedliche Schulformen und in verschiedene Bildungsgänge aufgeteilt werden.

Herr Schleicher beklagt zudem in seinem Interview, dass es keinen Ministerpräsidenten und keine Ministerpräsidentin gibt, die Bildungspolitik zur Chefsache macht. An dieser Stelle kann ich sagen: Wir in Nordrhein-Westfalen sind völlig anders aufgestellt. Wir haben eine Ministerpräsidentin, die Bildung in ihrer Regierungserklärung zur Chefsache gemacht hat, und eine stellvertretende Ministerpräsidentin,

(Widerspruch von der CDU und von der FDP)

die dieses Thema auch zu ihrer Chefsache macht.

(Widerspruch von der CDU und von der FDP)

Mit dem Modellversuch „Gemeinschaftsschule“ hat diese Landesregierung vielfältig Beachtung erfahren. In einem umfassenden Leitfadens, den man auf der Internetseite des Schulministeriums einsehen kann, können sich Schulen, Eltern, Kommunen und Interessierte über die Gemeinschaftsschule informieren. Es gibt viele Interessensbekundungen, Nachfragen und Anträge aus dem Land, weil in Nordrhein-Westfalen ein hohes Bedürfnis besteht, zukunftsfähige Schulangebote zu gestalten, und zwar pragmatisch und parteiübergreifend. Dies scheint dem Modellvorhaben „Gemeinschaftsschule“ in Nordrhein-Westfalen zu gelingen.

Sieht man einfach einmal von den Einlassungen der Opposition im Landtag ab, ist die Einigkeit vor Ort deutlich größer. Die Chancen werden erkannt. Auch die CDU-Bürgermeister, die vor Ort zum Handeln gezwungen sind, gehen auf das Ministerium zu und wollen vor Ort Gemeinschaftsschulen gründen. Ich kann von vielen Veranstaltungen berichten, die voll sind. Dort kommen viele Nachfragen von der Bevölkerung. Das Interesse ist hoch.

Das heißt: Wir sind mit dieser Politik genau dabei, eine zukunftsweisende Politik auf den Weg zu bringen, übrigens anders als Sie das in der vergangenen Legislaturperiode getan haben, indem Sie nämlich mit einer Hauptschuloffensive falsche Erwartungen geweckt und Weichen für dieses Land falsch gestellt haben. Das ist nicht zuletzt auch Hintergrund für eine falsche finanzielle Ausrichtung in den Kommunen und auch im Land generell gewesen. Das Resultat

sehen wir heute. Im Schuljahr 2009/2010 sind 49,2 % der Hauptschulen – nach der Definition kleine Schulen – nicht mehr in der Lage, die in Nordrhein-Westfalen erforderliche Schülerzahl zu erreichen. Das gilt auch für 31,9 % der Realschulen und für 15,5 % der Gymnasien. Das haben Sie gewusst, und doch haben Sie sehenden Auges an einer Hauptschuloffensive festgehalten, die uns bei der Schulentwicklung um fünf Jahre zurückgeworfen hat.

(Beifall von der SPD)

Diese Entwicklung wird sich übrigens in den nächsten Jahren fortsetzen. Der demografische Wandel wird in den Regionen zwar unterschiedlich stark sein, aber er wird sich konstant fortsetzen.

Dabei fällt auf, dass das Verhalten beim Übergang mit dem tatsächlichen Schulangebot korrespondiert. Die Eltern wollen heute mehr höhere Abschlüsse. Sie wollen Durchlässigkeit. Die Eltern wollen nicht mehr gezwungen sein, für ihre Kinder die Durchlässigkeit beim Übergang von Schulform zu Schulform einzufordern. Sie möchten, dass ihre Kinder den höchstmöglichen Schulabschluss erreichen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen Blick auf das Nachbarland Niedersachsen werfen. In Niedersachsen hat die CDU auf ihrem Parteitag gerade ein Modell für eine Oberschule einstimmig verabschiedet: eine Oberschule, die die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule vorsieht, in den Regionen übrigens zweizügig geführt wird und darüber hinaus die Möglichkeit für einen gymnasialen Zweig eröffnet, wenn sie dreizügig ist. Das Modell der Oberschule in Niedersachsen liest sich sehr ähnlich wie das der Gemeinschaftsschule in Nordrhein-Westfalen, wird aber von einer CDU/FDP-Regierung getragen.

Angesichts der Entwicklungen insgesamt im Bundesgebiet – der Erosionen, die wir bei der Schulentwicklung im Bundesgebiet haben – bleibt es völlig unverständlich, warum Sie in diesem Hause einen derartigen Popanz bei einer Frage aufbauen, die in vielen anderen Bundesländern ähnlich gesehen und behandelt wird. Vielleicht sollten Sie einmal in fachliche Kontakte mit Ihren Kollegen in Niedersachsen oder vielleicht auch im Saarland eintreten, sich dort Hilfe holen und Ihre Kompetenz ausweiten.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Sie haben darüber hinaus in der letzten Legislaturperiode die Möglichkeit untersagt, Verbundschulen mit Gymnasien zu gründen.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Richtig!)

Dies ist von den kommunalen Spitzenverbänden in den letzten Anhörungen noch einmal drastisch als Fehlentscheidung dargestellt worden.

(Beifall von der SPD)

Sie haben damit die Möglichkeit genommen, regional ein Schulangebot aufzubauen, das den Problemen vor Ort entspricht.

Der Aufbau einer Gemeinschaftsschule erfordert eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung. Sie sagen heute, dass wir mit der Gemeinschaftsschule in den Regionen einen Schulkrieg auslösen. Wir stellen fest, dass in den Kreisen und Kommunen, in denen es auch in der Vergangenheit Probleme gegeben hat, diese jetzt über eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung angegangen werden müssen. Aber auch in der Vergangenheit gab es an diesen Stellen schon Probleme. Das wissen Sie genauso gut wie wir.

Heute stellt sich die Frage: Wollen Sie, so wie es in anderen Ländern der Fall ist und wie sich zum Beispiel Herr Klare, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU in Niedersachsen, äußert, mit uns mit dem Aufbau der Gemeinschaftsschule den Weg einer Konsolidierung und einer zukunftsfähigen Weiterentwicklung des Schulsystems in Nordrhein-Westfalen gehen? Oder wollen Sie aus oppositionellem Beharrungsvermögen heraus notwendige Entwicklungen in diesem Land bremsen und sich damit wieder einmal als diejenigen auszeichnen, die nicht in der Lage sind, die Zeichen der Zeit zu erkennen?

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Die Gemeinschaftsschule ist für die Eltern und für die Kommunen hoch attraktiv.

(Zurufe von der FDP)

Die Schulen vergeben alle Abschlüsse. Die Gemeinschaftsschule ist sozusagen ein Weg in die Zukunft. Die Gemeinschaftsschule will ein längeres gemeinsames Lernen ermöglichen, und sie soll gleichzeitig die gymnasialen Standards sichern, damit ihre Attraktivität für die Eltern vor Ort gewahrt bleibt.

Gehen Sie mit uns diesen Weg. Nehmen Sie unser Angebot an, auch in einem Bildungskonsens für eine gute Schule in Nordrhein-Westfalen zu streiten. – Ich bedanke mich.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Hendricks. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Kollegin Paul das Wort.

Josefine Paul (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion, ich möchte mit einer Anmerkung von Klaus Hebborn vom Städtetag Nordrhein-Westfalen zu der Anhörung zum heuti-

gen Thema beginnen, in der er mehr Pragmatismus in der Diskussion und weniger ideologische Kämpfe in der Schulfrage eingefordert hat, da diese Diskussion in den Kommunen ohnehin niemand mehr hören könne.

In der Tat: Es geht doch nicht um ideologische Grabenkämpfe, sondern um die Frage, wie wir unser Bildungssystem fit für die Zukunft machen können. Da sehen wir uns doch großen Herausforderungen gegenüber. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler sinkt bekanntermaßen, und gleichzeitig steigt unser Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften. Was aber noch wichtiger ist: Wir können und wollen es uns nicht mehr leisten, junge Menschen auf dem Weg durch unser Bildungssystem zu verlieren.

Nicht zuletzt sind es die Eltern, die schon lange mit den Füßen bzw. mit dem Schulwahlverhalten für ihre Kinder darüber abstimmen, welche Bildungschancen bzw. welche damit verbundenen Zukunftschancen es für ihre Kinder geben soll. Die Eltern wollen verständlicherweise eine Schule für ihr Kind, die ihm nicht die Chancen verbaut, sondern ihm die Möglichkeit, den höchsten Bildungsabschluss zu erreichen, möglichst lange offen hält.

Deshalb wählen die Eltern nicht nur verstärkt das Gymnasium, sondern es gibt auch eine steigende Nachfrage nach Angeboten des längeren gemeinsamen Lernens. Das ist nicht nur im ländlichen Raum so. In meiner Heimatstadt Münster haben sich in einer Elternumfrage zur Schulentwicklungsplanung jüngst 62 % für die Möglichkeit zum längeren gemeinsamen Lernen ausgesprochen. Nur wird das in Bezug auf den urbanen Raum gern ein bisschen vergessen, weil sich die Situation im ländlichen Raum bekanntermaßen noch drastischer darstellt.

Meine Damen und Herren, wir stehen vor der Herausforderung, pragmatische und pädagogisch sinnvolle Lösungen für die skizzierten Problemstellungen zu finden. Dass das keine Frage der Ideologie, sondern vielmehr eine Frage des Notwendigen ist, erkennt man, wenn man einen Blick in die Landschaft wirft. Schulen und Kommunen haben sich doch schon längst auf den Weg gemacht, um mit viel Engagement ihre Schule im Dorf zu lassen und in den Städten attraktive Schulangebote auf den Weg zu bringen.

Als Münsteranerin brauche ich gar nicht weit in die Landschaft zu gucken. Es reicht ein Blick nach Ascheberg bzw. nach Billerbeck im Münsterland, um zu erkennen, dass hier angepackt wird. Da wird nicht nur geredet und geguckt, welche Schulform man aus Gründen der Tradition eigentlich schon immer bewahren wollte, sondern man überlegt sich, was man eigentlich vor Ort braucht.

Werfen Sie einmal einen Blick in das Programm der Profilschule Ascheberg. Da ist keine Spur eines Zwangs zur Einheit zu erkennen, wie es Ihre Furcht

vor einer Einheitsschule immer suggerieren will. Keine Spur ist davon zu sehen, sondern die Unterschiede zwischen den Kindern werden dort als Bereicherung empfunden. Die Schule will eine Schule für alle sein. Vielleicht kann es Ihnen konzeptionell weiterhelfen, wenn Sie einen Blick in das Programm werfen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Und diesen Kommunen – das ist ja das Fatale daran – wollen Sie die Möglichkeit zu attraktiven und wohnortnahen Schulangeboten verbauen. Da frage ich mich doch: Wer trägt denn hier die ideologischen Scheuklappen?

Auch der Städte- und Gemeindebund begrüßt den Modellversuch der Landesregierung, im Übrigen über die regionale Mittelschule hinaus, weil die Gemeinschaftsschule aus ihrer Sicht ein mögliches Instrument darstellt, um insbesondere dem demografischen Wandel und dem veränderten Schulwahlverhalten Rechnung zu tragen.

Sie merken also, dass die meisten Beteiligten schon erkannt haben, was wir Ihnen, meine Damen und Herren von CDU und FDP, seit Wochen und Monaten versuchen zu erklären: Wir wollen eine Möglichkeit schaffen, sowohl der sich schon lange geänderten demografischen Ausgangslage als auch den Wünschen der Eltern und natürlich den Bedürfnissen von Schülerinnen und Schülern Rechnung zu tragen.

Wenn Sie sich einmal die Mühe machen würden, sich etwas genauer mit dem Schulversuch Gemeinschaftsschule auseinanderzusetzen, dann würden Sie feststellen, dass die Landesregierung hier eine Möglichkeit geschaffen hat, die allen Kommunen offen steht, aber keine Kommune zwingt. Was wir mit dem Schulversuch auf den Weg gebracht haben, ist ein dringend benötigtes Angebot.

(Zuruf von der CDU)

– Wie gesagt, lesen Sie doch noch einmal richtig nach, was dieser Schulversuch ausmacht. Dann werden Sie bemerken, dass es hier nicht um Zwang geht, sondern tatsächlich um eine Möglichkeit, die auch von Ihren kommunalen Vertreterinnen und Vertretern eingefordert wird.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich möchte Ihnen dringend ans Herz legen, sich mit den kommunalen Vertretern vor Ort zusammzusetzen. Da bieten sich diverse CDU-geführte Kommunen an. Aber sicherlich wird auch die FDP Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner vor Ort finden. Dann lassen Sie sich einmal ganz praktisch erklären, warum sie die Entscheidung gefällt haben, sich für den Modellversuch „Gemeinschaftsschule“ zu bewerben bzw. warum Sie sich auf den Weg gemacht haben, dort Konzepte zu entwickeln.

Vielleicht verstehen Sie dann auch endlich einmal, dass das starre Festhalten am mehrgliedrigen Schulsystem um jeden Preis an jeder Realität vorbeigeht.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Die Entwicklungen, die ich jetzt schon mehrfach beschrieben habe, lassen sich nicht wegdiskutieren. Es ist aber die Frage, wie man damit umgeht. Man kann sich diese Entwicklungen auf die Füße fallen lassen, wie CDU und FDP das in ihrer Regierungszeit gemacht haben, oder man kann den Wandel gestalten. Mit Ihrem Antrag entlarven Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, sich als die wahre „Dagegen-Partei“.

(Beifall von den GRÜNEN – Lachen von der FDP)

Sie sagen, die Gemeinschaftsschule sei keine tragfähige Lösung vor Ort. Aber eine Lösung, die Sie sich vorstellen können, die den Kommunen aus ihrer schwierigen Situation helfen könnte, sind Sie uns mal wieder – wie immer – schuldig geblieben. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Frau Pieper-von Heiden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ja, Frau Paul, Ascheberg und Billerbeck machen Sie zum eigenen Zweck. Die rot-grüne Gemeinschaftsschule ist ein Projekt, das mehr Fragen und Zweifel aufwirft, als beantwortet werden. Es ist eine Schulform, die von ideologischen Abenteurern auf dem Reißbrett entworfen worden ist.

(Beifall von der FDP)

Bildungsabenteuer können weder Eltern und Schüler noch die Gesellschaft insgesamt gebrauchen. Mit der trickreichen Einführung der sogenannten Gemeinschaftsschule am Parlament vorbei und letztlich auch an den Eltern, Schülern und allen betroffenen Schulen vorbei

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

versucht Rot-Grün, ihr ideologisch wichtigstes Anliegen als Antwort auf rückläufige Schülerzahlen zu verpacken.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Welcher Textbaustein ist das?)

Apropos am Parlament vorbei: Diesbezüglich hat Herr Professor Gärditz in seinem Gutachten für den Philologen-Verband in bemerkenswerter Deutlichkeit festgestellt, dass es sich bei der rot-grünen

Gemeinschaftsschule, die noch in dieser Legislatur 30 % aller weiterführenden Schulen in Nordrhein-Westfalen absorbieren soll, eben nicht um einen Schulversuch handelt. Gärditz erklärt vielmehr, dass es sich um eine äußerst strukturbedeutsame tiefgreifende Veränderung des Schulsystems handelt, bei der der Gesetzgeber zwingend eingeschaltet werden muss. Das Gutachten belegt, dass die rot-grüne Gemeinschaftsschule verfassungswidrig ist.

Die FDP ist der Überzeugung, dass der Landtag auf dem Wege der Gesetzgebung eine erweiterte Antwort auf demografische Veränderungen finden muss. Wir müssen auf rückläufige Schülerzahlen reagieren und Schülern, Eltern und Schulträgern verlässlich zur Seite stehen –

(Renate Hendricks [SPD]: Wie denn?)

aber unideologisch und nicht zulasten der Qualität der Bildung.

(Renate Hendricks [SPD]: Genau das haben wir doch getan!)

Als Grundlage haben wir die Möglichkeit, Schulverbünde zu gründen. Aber wir sollten die bestehenden Verbundmöglichkeiten erweitern.

Nicht ohne Grund hat der Städte- und Gemeindebund das FDP-Modell der Regionalen Mittelschule zur Erprobung empfohlen. Wir brauchen nämlich auch in kleinen Städten und Gemeinden differenzierte Bildungsgänge in der Sekundarstufe I.

(Sören Link [SPD]: Sie brauchen die, die Gemeinden brauchen sie nicht!)

Kleine Kommunen dürfen zukünftig in der öffentlichen Wahrnehmung nicht automatisch mit einem undifferenzierten, qualitativ schlechten Schulangebot gleichgesetzt werden. Das wäre fatal.

Zwei Kriterien sind für die FDP dabei unverzichtbar.

Erstens. Wir wollen in ganz Nordrhein-Westfalen qualitätsvolle, möglichst wohnortnahe Schulangebote erhalten und Zusammenschlüsse von Haupt- und Realschulen, aber auch Gesamtschulen für alle Beteiligten in diesem Prozess attraktiv gestalten.

Zweitens. Die Weiterentwicklung unserer Schulen und der Unterrichtsqualität muss sich in differenzierten Bildungsgängen wiederfinden, um allen Talenten und Begabungen, aber auch Schwächen gerecht zu werden.

(Beifall von der FDP – Renate Hendricks [SPD]: Das ist ein Trugschluss!)

Die rot-grüne Gemeinschaftsschule kann diesen Anspruch nicht erfüllen, obwohl sie von der Landesregierung mit zahlreichen ressourcenwirksamen Lockmitteln ausgestattet ist. Die Gemeinschaftsschule bedeutet den Abschied von einem differenzierten Schulsystem und aufgrund der Einbeziehung gymnasialer Standards, die bislang nicht mal

definiert sind, letztlich tatsächlich den Einstieg in eine Einheitsschule.

Die Gemeinschaftsschule ist ein Frontalangriff auf erfolgreiche Realschulen und Gymnasien. Rot-Grün stimmt mit der Gemeinschaftsschule das Hohelied des längeren gemeinsamen Lernens an, obwohl es in der gesamten Bildungswissenschaft hierfür nicht einen einzigen Erfolgsbeleg gibt.

(Beifall von der FDP)

Alle Kinder und Jugendlichen müssen in der neuen Schulform zwangsweise in einer Klassengemeinschaft ohne äußere Differenzierung auskommen. Erst bei mindestens vierzügigen Gemeinschaftsschulen darf ab der 7. Klasse eine Aufteilung in Bildungsgänge erfolgen – „darf“, nicht „soll“. Lehrer müssen deshalb Kinder mit sehr unterschiedlichem Leistungsvermögen in einer Klasse bis zum Ende der Sekundarstufe I gemeinsam unterrichten.

(Beifall von der FDP)

Sie sind dafür weder aus- noch fortgebildet. Eine individuelle Förderung wird damit quasi unmöglich.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Sören Link [SPD])

Die Errichtung einer sogenannten Gemeinschaftsschule bedeutet schlicht das Ausdifferenzierter Bildungsgänge für Kommunen unter oder um die 15.000 Einwohner, da diese eine Vierzügigkeit kaum erreichen können. Die sind zu klein, um eine vierzügige Schule anbieten zu können. Da kommt der akute Verdacht auf – man muss nicht der Opposition angehören, um das zu erkennen –, dass Rot-Grün das gegliederte Schulsystem über die Fläche, nach innen in die Städte hinein komplett aushöhlen will.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Die rot-grüne Schulpolitik beschädigt aber nicht nur die Qualität des Unterrichts, sondern führt auch zu massiven Verwerfungen zwischen den Kommunen, auch größeren. Um überhaupt eine Vierzügigkeit zu erreichen und ein differenziertes Schulangebot zu erhalten, müssen die Kommunen sich gegenseitig die Schüler abwerben.

(Gunhild Böth [LINKE]: Quatsch!)

Mit Ihren sogenannten gymnasialen Standards erhalten kleine Kommunen, die nie ein Gymnasium besaßen, vermeintliche gymnasiale Bildung vor Ort.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist unanständig!)

Funktionierende Gymnasien in Nachbarkommunen – und das ist der Pferdefuß – werden so in ihrer Existenz bedroht. Rot-Grün löst damit einen unverantwortlichen Verdrängungswettbewerb aus. Jede Gründung einer Gemeinschaftsschule geht zulasten mindestens einer bestehenden Schule. Kleinere Kommunen werden als Schachfiguren gegen das Schulangebot anderer Kommunen genutzt. Die

Städte und Gemeinden in einer Region werden durch einen unfairen Wettbewerb entzweit.

(Renate Hendricks [SPD]: Notwendiger Dialog!)

SPD und Grüne behaupten, dass die kommunalen Spitzenverbände die Einrichtung dieses Modellvorhabens begrüßen. Bei genauer Betrachtung hat sich der Städte- und Gemeindebund aber viel differenzierter geäußert. Es sei nicht akzeptabel, dass ein Schulangebot zulasten einer Nachbargemeinde ausgeweitet und bestehende Schulen gefährdet würden. Aber genau das forciert Rot-Grün. Die Landesregierung beschädigt die Schulangebote umliegender Kommunen, um die rot-grüne Gemeinschaftsschule durchzusetzen – Ihr Lieblingsprojekt.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist nicht richtig, was Sie erzählen!)

Bürgermeister unterschiedlichster Parteien – sogar von der SPD – aus dem Münsterland haben sich gegen die rot-grüne Schulpolitik ausgesprochen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Sie haben sich aber wieder davon distanziert!)

Laut Gutachten der Stadt Lüdinghausen bedroht die Profilschule in Ascheberg die Existenz von Schulen in Lüdinghausen. Die Schulministerin hat am 17. November 2010 trotz dieser Kritik die Genehmigung für Ascheberg erteilt.

(Sören Link [SPD]: Und zwar zu Recht!)

Ihre scheinbare Berücksichtigung der Interessen der Nachbarkommunen ist offensichtlich reine Beschwichtigungsrhetorik. Die Fraktion der Grünen hat es in einer Pressemitteilung unmissverständlich deutlich gemacht: Es wird auch Genehmigungen für Gemeinschaftsschulen geben, wenn sich andere Kommunen dagegen wehren.

(Ralf Witzel [FDP]: So ist es!)

Von einer fair und transparent gestalteten Abstimmung und einem Interessenausgleich, wie ihn der Städte- und Gemeindebund fordert, kann nicht die Rede sein. Die Aussagen der Grünen waren bereits früher unmissverständlich – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Aber Sie sehen auch die Redezeit.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin. – Ziel ist die Überwindung der Vielgliedrigkeit. – Für dieses Ziel werden die Qualitätsstandards des Unterrichts gesenkt und Kommunen gegeneinander ausgespielt.

(Sören Link [SPD]: Nennen Sie doch genau dafür einmal ein Beispiel! Wo werden sie denn gesenkt?)

Das geht nicht mit der FDP. Rot-Grün sollte sich besinnen und sich unserem Modell der regionalen Mittelschule anschließen.

(Gunhild Böth [LINKE]: Was soll das denn sein?)

– Das sage ich Ihnen: Das könnte dann auch ganz legal über den Gesetzgeber organisiert werden und nicht am Parlament vorbei.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Pieper-von Heiden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Wir würden dies unterstützen. Ideologisches Verharren verhindert jeden qualitativen Fortschritt.

(Gunhild Böth [LINKE]: Was soll das denn sein?)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Pieper-von Heiden, Sie haben Ihre Redezeit bereits um eine Minute überschritten.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Was das sein soll, Frau Böth? Sie sind erst kurz dabei, aber das Modell der regionalen Mittelschule ist ein Modell der Sekundarstufe I, bei dem Rücksicht auf Differenzierung und individuelle Förderung genommen wird und bei dem nicht schwachbegabte bis hochbegabte Schüler – ohne Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer – in einer Klasse unterrichtet werden ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Pieper-von Heiden, Sie möchten doch nicht, dass ich Ihnen das Mikro abdrehe.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): ... und die Qualität der Bildung in Nordrhein-Westfalen preisgegeben wird. – Danke.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Gunhild Böth [LINKE]: Die FDP ist auch erst kurz dabei, was die regionale Mittelschule angeht!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. – Ich will noch einmal deutlich machen, dass wir eine erhebliche Redezeitüberschreitung haben. Man muss das auch in Relation zu den Redezeiten in der Aktuellen Stunde setzen. Ich bin schon recht großzügig, aber die Rednerinnen und Redner müssen auch pünktlich zum Schluss kommen.

Als Nächster hat für die CDU Herr Prof. Dr. Sternberg das Wort.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir haben heute, wie schon im September – damals ging es um unseren Antrag –, noch einmal das Thema der sogenannten Gemeinschaftsschule auf der Tagesordnung. Ich bin froh, dass es heute eine Aktuelle Stunde dazu gibt. Damit ist das Thema da, wo es hingehört, nämlich im Parlament.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Frau Hendricks, Sie haben gesagt, das Thema sei Chefsache geworden. Ich bin nicht sicher, wie die zuständige Ministerin das sieht. Eines ist mir allerdings aufgefallen: Wenn das, was im Wahl- und im Parteiprogramm der SPD steht, umgesetzt worden wäre, dann wäre noch sehr viel mehr los in diesem Land. Im Moment ist das nicht der Fall, weil zumindest im Koalitionsvertrag etwas anderes steht. Das will ich einmal sehr deutlich festhalten.

Meine Damen und Herren, wir machen überhaupt keinen Aufruhr, denn dieses Thema kann nicht mit irgendwelchen Kriegsvokabeln behandelt werden. Zurzeit tragen Sie aber Unruhe in die Regionen. Uns ist das Thema viel zu wichtig. Uns beschäftigen sehr wohl die Sorgen von Schulen, denen immer neue Grundsatzdebatten und Reformen aufgedrängt werden, die Sorgen der Eltern, die für ihre Kinder die beste Bildung – ohne Über- oder Unterforderung und angepasst an Begabung und Interessen – wollen, und auch die Sorgen der Gemeinden, die plötzlich einen demografischen Wandel zu bewältigen haben und ihre Schule im Ort behalten wollen.

(Renate Hendricks [SPD]: Ganz neu ist das nicht! Das war ja absehbar!)

Das sind alles ganz vernünftige Sorgen, und das ist uns alles ganz wichtig. Wir sind uns aber auch sicher: Die sogenannte Gemeinschaftsschule ist nicht die richtige Antwort auf diese Probleme.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

In Morsbach will der Bürgermeister eine Gemeinschaftsschule beantragen. Bei der Befragung der Eltern votierten 59 Eltern, dass sie ihr Kind, das derzeit im vierten Schuljahr ist, in der Gemeinschaftsschule anmelden würden. Der Bürgermeister meint, dass, da nur 80 % geantwortet hätten, man auf 72 Kinder käme, wenn 100 % geantwortet hätten, und 72 Kinder reichen würden.

Meine Damen und Herren, reichen 72 Kinder wirklich für die Gründung einer Schule? 69 ist die geringste Zahl für die Gründung einer solchen Schule. Damit sind Klassengrößen von 23 Schülern vorausgesetzt, von denen andere Schulformen träumen müssen. Mit den 69 Schülern soll die gleiche Differenzierung möglich sein, die im mehrgliedrigen Schulsystem mindestens 180 Kinder pro Jahrgang und auch bei der Gesamtschule mindestens 112

Kinder voraussetzt. Die gleiche Differenzierung soll bei Ihrem Modell mit 69 Kindern möglich sein.

(Renate Hendricks [SPD]: Natürlich!)

Ich rede noch nicht einmal von den Differenzierungsmöglichkeiten des Gymnasiums. Aber ist der zwingend vorgeschriebene gymnasiale Lehrplan in den Klassen 5 und 6 mit der Verpflichtung zum Erlernen einer zweiten Fremdsprache, die für viele Kinder übrigens die dritte Fremdsprache ist, eigentlich richtig? Ist es eigentlich sinnvoll, alle Kinder zu verpflichten, in Klasse 6 eine zweite Fremdsprache zu erlernen? Wer bleibt da auf der Strecke? Ich bin sicher, dass nicht der gymnasiale Zweig auf der Strecke bleibt.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das behauptet die FDP aber!)

In den neuen Schulen werden alle bemüht sein, zu beweisen, dass sie „Gymnasium können“. Ich bin absolut sicher, dass das nicht das Problem ist. Das Problem sind die, die immer auf der Strecke bleiben, nämlich diejenigen mit anderen Interessen und anderen Begabungen, die die Berufsorientierung der Hauptschule, die in den letzten Jahren deutlich vorangekommen ist, in diesen Schulen vermissen werden und nicht die klare Ausrichtung auf ihre Bedürfnisse und ihre Interessen haben werden.

(Zuruf von Renate Hendricks [SPD])

Es bleibt die Fixierung aufs Gymnasium. Das ist einfach der Fall: Alle Bildungspolitik fixiert sich aufs Gymnasium, obwohl in Nordrhein-Westfalen nur 25 % der Schülerinnen und Schüler das Abitur erwerben. Am meisten wird in Nordrhein-Westfalen mit 40 % der Schulabschluss der Fachoberschulreife gemacht.

Die Betriebe, die jetzt händeringend Auszubildende suchen – das hat sich sehr verändert –, suchen nicht Abiturienten, sondern gute Leute mit solchen Abschlüssen. Das sind im Handwerk eben nach wie vor – entgegen anderen Meldungen – zu 50 % Absolventen der Hauptschule. Auch in der Industrie- und Handelskammer – Versicherungen und Banken eingeschlossen – ist es nicht mehr als ein Viertel an Abiturienten, die da ihre Ausbildungsverträge unterzeichnen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, wie wird die Berufsorientierung sichergestellt? Gerade bei der richtigen Qualifikation für die handwerklichen und industriellen Berufe gibt es entscheidende Defizite. Da fehlt uns Personal. Wird das durch die völlige Fixierung und Konzentrierung auf gymnasiale Standards wirklich zur Verfügung gestellt?

Meine Damen und Herren, wir werden aufpassen. Wir werden Sie und die Ministerin beim Wort nehmen. Wir fragen nach: Werden auch die Lehrer an-

derer Schulen einmal in den Genuss all der Vorzüge kommen

(Beifall von der CDU)

wie Beförderungsmöglichkeiten, kleinerer Klassen, wöchentlicher Arbeitszeit, Stellenausstattung und Fortbildungsmittel, wie das in dieser bevorzugten, privilegierten sogenannten Gemeinschaftsschule der Fall ist?

(Beifall von der CDU – Renate Hendricks [SPD]: Herr Sternberg, Sie wissen, dass das Niedersachsen exakt so macht!)

Das Ministerium verlangt eine interkommunale Schulentwicklungsplanung. Liegt die bei den Genehmigungen eigentlich wirklich vor? Bis zum 31. Dezember müssen die Anträge eingegangen sein. Bis zum 31. Dezember sollen die Gemeinden eine solche interkommunale Schulentwicklungsplanung gemacht haben. Liegt die wirklich vor?

Dann heißt es in der Handreichung, die Gemeinschaftsschulen dürften nicht auf der Basis existenzgefährdeter Hauptschulstandorte errichtet werden.

(Renate Hendricks [SPD]: Richtig!)

Wir werden sehr genau nachfragen.

Dann heißt es da, es dürfe keine Bestandsgefährdung der Schulen anderer Träger bedeuten. Das werden wir sehen. Man hört ganz anderes.

(Ralf Witzel [FDP]: Schöne Prosa, aber wenig Realität!)

Ist das bei den Genehmigungen wirklich gewährleistet? Wir werden genau hinsehen.

Es bleiben folgende Fragen: Was gewährleistet eigentlich die Versuchsschule Gemeinschaftsschule? Wie gewährleistet sie – das sagte ich schon – die Berufsorientierung der heutigen Haupt- und Realschulen? Wie sichert sie die Standards und Differenzierungsmöglichkeiten des Gymnasiums? Wird das pädagogische Konzept eigentlich wirklich allen Interessen und Begabungen gerecht? Schließlich stellt sich die Frage: Sind die Lerngruppen, die da gebildet werden, nicht einfach viel zu heterogen für die praktische Arbeit?

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Was haben wir denn gestern beschlossen, Herr Sternberg? – Gegenruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

– Wir können gerne darüber diskutieren, Frau Beer. Ich kenne diese Inklusionsmodelle und die Schulen, die das machen, sehr wohl. Es gibt aber auch eine schulische Wirklichkeit über die Modellschulen hinaus – übrigens mit ganz anderen personellen Möglichkeiten.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, welche Auswirkungen hat es, wenn wir im Land viele solcher Zwergge-

samtschulen errichten? Welche Auswirkung hat das auf die Bildungslandschaft der Region? Wird eine gewachsene Schullandschaft nicht durch voreilige und unüberlegte Entscheidungen völlig durcheinandergebracht?

(Zuruf von Renate Hendricks [SPD])

Sind die neuen Schulen der unauffällige Weg in die Einheitsschule? Werden Gymnasien- und Privatschulgründungen als Nebeneffekt befördert? Das ist eine wichtige Frage.

Wir werden genau darauf achten, ob künftig auch Verbundschulen genehmigt werden, die im Gesetz in § 83 als Lösung für die ländlichen Gemeinden vorgesehen sind.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Es ist gerade eine genehmigt worden!)

Wir werden sehr genau darauf achten.

Ich frage aber: Was ist eigentlich das Ziel des Ganzen? Geht es nicht letztlich um das vollständig integrative System aus der SPD-Programmatik?

(Renate Hendricks [SPD]: Ach, Herr Sternberg!)

Wenn schließlich die angekündigten 30 % der Schulen Wirklichkeit werden sollten, dann wären das 750 Schulen. Das wäre keine vielfältige Schullandschaft mehr.

(Beifall von der CDU)

Was ist das Ziel? Was ist das Ende der ganzen Geschichte? Würde das bedeuten, dass wir schließlich in einem englischen Schulsystem landen, in dem wir tatsächlich eine flächendeckende Einheitsschule haben, aber nach wie vor auch eine Reihe von Gymnasien, Privatschulen, für die wenigen, die sich das leisten können, und dass wir das womöglich noch auf die Hochschulen übertragen, denen man nicht einmal gestattet, klar begrenzte und sozial ausgewogene Studienbeiträge zu erheben,

(Beifall von der CDU)

aber dafür dann private Hochschulgründungen zulässt, die mit exorbitanten Studiengebühren ihre Eliten ausbilden? Eine solche Bildungslandschaft wollen wir als CDU dezidiert nicht.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, uns geht es um das Wohl der Kinder im Land. Sie stehen bei uns bei allen bildungspolitischen Überlegungen im Mittelpunkt. Wir behandeln das Thema nicht ideologisch. In einer Broschüre zur Gemeinschaftsschule lese ich dagegen, dass man das gegenwärtige Schulsystem für ein Relikt der ständischen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts hält.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Unglaublich!)

Solche völlig weltfremden Denkmuster sind natürlich blockierend für jede vernünftige und ruhige Beschäftigung mit Schulfragen. Das zeigt dann auch, warum manche Schulpolitik vielleicht als Kampf verstehen. Wir tun das nicht. Wir wollen eine behutsame Weiterentwicklung einer erfolgreichen Schullandschaft.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir wollen eine Schullandschaft, die den Lehrern nicht ständig neue Aufgaben und Strukturdebatten aufzwingt.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: So wie die letzten fünf Jahre!)

Wir wollen Ressourcen für alle Schulformen und nicht die Bevorzugung von einer.

Vizepräsident Oliver Keymis: Aber wir wollen auch langsam zum Schluss kommen, Herr Kollege.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Und wir wollen eine Schule vor Ort ohne einen Wettlauf zulasten anderer. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Dr. Dr. Sternberg. Ich habe die Großzügigkeit der Kollegin, die vorher hier gesessen hat, ein bisschen fortgesetzt – aber nur ausnahmsweise, bitte schön.

Als Nächste spricht Frau Kollegin Böth für die Fraktion Die Linke.

Gunhild Böth (LINKE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist jetzt der gefühlte 95. Antrag der FDP zur selben Sache.

(Beifall von der LINKEN)

Ich muss sagen: Ich finde es langsam unerträglich. Wir haben gerade, Ende November, eine Anhörung im Schulausschuss zu genau dem gleichen Thema gehabt. Der Antrag hieß, glaube ich: Weg mit der Einheitsschule! Alles muss so bleiben, wie es ist! – Da haben Sie ich weiß nicht wie viele Expertinnen und Experten einen ganzen Nachmittag beschäftigt. Die Zusammenfassung war: Der Antrag war völlig überflüssig. – Das ist nicht meine Meinung. Sie werden ja sagen, es ist klar, dass es meine Meinung ist. – Aber das hat Herr Hebborn vom Deutschen Städtetag gesagt. Er meinte: Das reicht jetzt. Das haben wir doch alles schon 1.000 Mal diskutiert.

(Ralf Witzel [FDP]: Die Grünen haben doch die Aktuelle Stunde beantragt!)

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal darauf hinweisen, Herr Witzel, was Herr Prof. Klaus Klemm zu Ihnen gesagt hat. Zum Schluss der Anhörung hat er den Landtag – jedenfalls mich, weil mir das nicht so präsent war – davon in Kenntnis gesetzt, dass es in der letzten Legislaturperiode dazu schon eine Enquetekommission gegeben hat, dass man zu Schulstruktur und Schulentwicklung lange und ausführlich gearbeitet hat, dass er in diesem Zusammenhang schon mal als Experte über Jahre beschäftigt war und dass all die Fragen, die Sie letztes Mal zu Ihrem Antrag gestellt haben, in der Enquetekommission schon mal behandelt worden sind.

Dann hat Herr Prof. Klaus Klemm – ich kann das jetzt nicht wörtlich zitieren, aber sinngemäß; es steht auch im Protokoll; da kann man es nachlesen – zu Ihnen persönlich, Herr Witzel, gesagt: Herr Witzel, wir haben an einem Abend nach einer Enquetekommissionssitzung bei einem guten Rotwein auch noch lange und ausführlich diese Details diskutiert. – Herr Witzel, da frage ich mich ehrlich: War so viel Rotwein im Spiel, dass Sie die Ergebnisse nicht mehr an die Kollegin Pieper-von Heiden geben konnten?

(Heiterkeit und Beifall von der LINKEN und von den GRÜNEN)

Der Landtag müsste Sie eigentlich auffordern, dass Sie demnächst, wenn Sie etwas Fachliches reden, bitte keinen Rotwein mehr trinken sollen.

(Heiterkeit und Beifall von der LINKEN)

Denn Sie haben den Ausschuss einen Vormittag mit diesem Antrag beschäftigt. Die Menschen sind wirklich weit gereist und haben da ihre Arbeitszeit verschwendet.

Wenn ich es richtig verstanden habe, geht dieser Antrag jetzt auch wieder in den Ausschuss, und wahrscheinlich werden Sie dazu auch wieder eine Anhörung beantragen. Ich verstehe ja, dass Sie uns als Abgeordnete damit quälen wollen. Das ist Ihr gutes Recht. Aber ist Ihnen eigentlich bewusst, wie viele Steuergelder Sie damit verschwenden, wenn Sie immer wieder das Gleiche und das Gleiche und das Gleiche diskutieren?

(Beifall von der LINKEN)

Es ist sehr demokratisch, wenn man überlegt, wofür das Geld von Bürgerinnen und Bürgern hier verschwendet wird.

(Zurufe von Michael Solf [CDU] und von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Herr Solf, ich fände, es stünde uns gut an, dieses Geld, das wir hier verschwenden, wenn wir die gleiche Sache von CDU und FDP immer noch mal und noch mal und noch mal mit Experten und mit der Verwaltung diskutieren

(Michael Solf [CDU]: Sie sitzen hier im Glashaus!)

– ich sitze in keinem Glashaus –, besser zu verwenden und es den Schulen zu geben, damit sie irgendetwas Vernünftiges machen und wir nicht immer wieder denselben Quark diskutieren. Da werden wir doch vielleicht einig sein, Herr Solf,

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Frau Pieper-von Heiden, zu dem, was Sie gesagt haben, kann ich nur fragen: Für wie dumm halten Sie eigentlich die Kommunen? Sie haben vorhin unterstellt, dass die Kommunen sozusagen sehenden Auges in irgendeine Katastrophe laufen, die sie auch noch selbst entscheiden. Ist das ehrlich Ihre Auffassung von denen, die in Kommunalparlamenten sitzen, die sich einen Kopf machen über die örtliche Schulentwicklung, die sich mit anderen besprechen usw.?

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Das finde ich schon sehr merkwürdig.

Herr Prof. Sternberg, ich glaube, Sie haben ein ziemlich autoritäres Politikverständnis.

(Lachen von der CDU und von der FDP – Ursula Doppmeier [CDU]: Das müssen gerade Sie sagen!)

Ein autoritäres Politikverständnis bedeutet: Ich mache auf meinem Parteitag einen Plan, und den lege ich dann einfach so um. Da können sich im Prozess mit den Betroffenen Fragen ergeben, dann können sich Diskussionen ergeben – das ist alles egal, das mache ich dann so.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Neulich haben Sie schon gesagt, ich wäre mal im ZK der SED gewesen. Da war ich auch nicht. Aber ich weiß auch gar nicht, woher Sie Ihre Informationen haben.

(Marc Ratajczak [CDU]: Sie benehmen sich so!)

Es stand jedenfalls in der „Bild“-Zeitung auf Ihren Hinweis hin. Ich wollte es nur sagen. Es war nicht so. Aber das hat wahrscheinlich außer Ihnen auch niemand hier angenommen.

Frau Pieper-von Heiden, ich möchte Sie – um noch mal ernsthaft zu werden – ehrlich bitten, unsere Zeit hier nicht weiter zu verschwenden und insbesondere auch irgendwann mal einzusehen, wann man verloren hat, weil man für seine eigene Schulpolitik keine Mehrheit mehr hat.

Sie können doch jederzeit für Ihre Position um Mehrheiten im Land werben. Das ist doch gar nicht der Punkt. Gehen Sie doch raus ins Land und überzeugen Sie die Bürgerinnen und Bürger davon, dass das, was Sie jetzt wollen, richtig ist. Aber offensichtlich haben die Bürgerinnen und Bürger bei der letzten Landtagswahl doch gemeint, dass es

falsch war, und haben deshalb eine andere schulpolitische Mehrheit gewählt. – Ich danke.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Böth. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Natürlich begrüßt es die Landesregierung, dass wir heute über das Thema „Gemeinschaftsschule“ debattieren. Gern erläutere ich Ihnen einige aktuelle Entwicklungen.

Die Behauptung der FDP, die Gemeinschaftsschule würde ohne Beteiligung des nordrhein-westfälischen Landtags und ohne Rechtsgrundlage eingeführt, ist falsch. Sie wird auch durch vielfältige Wiederholung nicht richtig.

Schulversuche sind in Nordrhein-Westfalen lange und gute Tradition.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Bis zu 30!)

Eine Abfrage meines Hauses hat es auf die stolze Zahl von 25 gebracht. Ich will Ihnen gerne einige prominente Beispiele nennen.

Die Gesamtschule mit etwa 30 Schulen, Laufzeit 1969 bis 1981.

(Ralf Witzel [FDP]: Eine gigantische Fehlentscheidung im Nachhinein!)

Der Kollegsulversuch mit 42 Schulen, Laufzeit von 1972 bis 1998, eine sehr lange Laufzeit.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Sie haben schon immer ein anderes Verständnis gehabt!)

Das Thema „Praktische Philosophie“ hat es auf stolze 246 Schulen gebracht mit einer Laufzeit von 1997 bis 2001. Das Thema „Islamkunde in deutscher Sprache“ bringt es auf 133 Schulen, läuft seit 1999 und ist unbegrenzt.

Da Sie meinen, nur wir hätten das so gemacht, nenne ich Ihnen, Frau Pieper-von Heiden, gerne zwei aktuelle Beispiele der Vorgängerregierung. Der Versuch „Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung“ findet in 50 Pilotregionen mit 78 Zentren statt und bringt es auf 600 Netzwerkschulen.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Das sind aber keine Schulversuche!)

– Natürlich ist das ein Schulversuch; denn das findet auf der Grundlage von § 25 des Landesschulgesetzes statt!

(Lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Auch das Thema „Wirtschaft an Realschulen“, ein Lieblingsthema der FDP, hat 70 Schulen und läuft auf der Grundlage des § 25 des Schulgesetzes dieses Landes, meine Damen und Herren.

(Ralf Witzel [FDP]: Wenn betroffene Schulen das wollen! – Zuruf von Gunhild Böth [LINKE] – Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Auch der Schulversuch „Länger gemeinsam lernen“ wird auf der Grundlage von § 25 des Schulgesetzes von Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Gesetzgeber dieses Gesetzes ist selbstverständlich der Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Herr Laumann, ich stelle der CDU – den anderen Fraktionen natürlich auch – gerne diese Liste komplett zur Verfügung. Dann können Sie juristische Kosten sparen und vielleicht mit Ihrer Fraktion lieber mal eine Reise nach Finnland, nach Schleswig-Holstein oder woandershin unternehmen,

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN)

um sich einmal solche Gemeinschaftsschulen, die auch von Ihren Landtagskollegen eingeführt worden sind, anzuschauen. Dann verlieren Sie vielleicht die Angst vor dieser Schule. Die Ascheberger tun mir schon fast leid, weil die offensichtlich so viel Angst auslösen.

Frau Pieper-von Heiden, Herr Papke, Herr Witzel, Sie und viele weitere Kollegen, die heute hier sitzen, haben dieses Gesetz mit dem § 25 in der vergangenen Legislaturperiode mit verabschiedet. Ich frage Sie allen Ernstes, warum Sie hier dermaßen mit zweierlei Maß messen, wenn es um Schulversuche geht, und warum Sie eigentlich Angst vor dieser Schule haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie machen eine Systemrevolution am Gesetzgeber rechtsmissbräuchlich vorbei!)

Hören Sie auf, die Eltern, die Schulen und die Schulträger in die Nähe von Verfassungsbrechern zu stellen! Das tun Sie nämlich mit der Art und Weise, wie Sie mit diesem Thema umgehen!

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Sie wollen die Eltern verunsichern, weil Sie diese Schule der Zukunft partout verhindern wollen. Das ist die Wahrheit, und darum veranstalten Sie dieses Affentheater.

(Ralf Witzel [FDP]: Von vorgestern ist das! Schule der Alt-68-er!)

Obwohl Sie dieses Theater veranstalten, wird es Ihnen aber nicht gelingen, diese innovative und notwendige Schulentwicklung zu blockieren. Der Schulversuch „Gemeinschaftsschule“ – Frau Paul hat es angesprochen – reagiert nämlich auf die demografische Entwicklung und das veränderte Elternwahlverhalten. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist abzusehen, dass die bisherigen schulgesetzlichen Rahmenbedingungen zwangsläufig zur Schließung einer wachsenden Anzahl von Schulen führen werden. Deshalb bieten wir interessierten Schulträgern an, zu erproben, wie sie nach ihrer besonderen Bedarfslage auf zurückgehende Schülerzahlen reagieren und ein wohnortnahes Schulangebot aller Bildungsgänge der Sekundarstufe I sicherstellen können. Ich betone – das stellt auch niemand in Zweifel –: Bei dem Schulversuch handelt es sich um ein Angebot und nicht um eine Verpflichtung.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Dieses Angebot wird von den kommunalen Schulträgern einhellig begrüßt. Die Vertreter der Verbände haben diese Position in der Anhörung des Schulausschusses zur Gemeinschaftsschule in der vergangenen Woche noch einmal ausdrücklich bekräftigt.

Dabei habe ich die Hürden für die Beteiligung am Schulversuch bewusst hoch gesetzt, insbesondere mit Blick auf die befürchteten Verdrängungswettbewerbe um Schülerinnen und Schüler benachbarter Kommunen. Anträge werden nur unter der Voraussetzung genehmigt, dass diese Schule in erster Linie von Kindern aus den beteiligten Kommunen besucht wird.

Auch die Zügigkeit der Schule wird auf die Schülerzahl begrenzt, die sich aus den derzeitigen und für die kommenden Schuljahre prognostizierten Abgängern der Grundschulen der beteiligten Kommunen ergibt.

Eine Bestandsgefährdung von Schulen benachbarter Schulträger durch die Errichtung einer Gemeinschaftsschule wird durch eine entsprechende Überprüfung im Genehmigungsverfahren ausgeschlossen.

Insbesondere für kleine Gemeinden, die die Vierzügigkeit aus eigenem Bestand nicht dauerhaft sichern können, besteht die Möglichkeit, mit benachbarten Schulträgern unter Abschluss von Verwaltungsvereinbarungen zusammenzuarbeiten und unter bestimmten Voraussetzungen Teilstandorte zu bilden.

Aber jetzt zu verbieten, meine Damen und Herren – und darauf läuft der Antrag der FDP hinaus –, dass kleinere Schulträger überhaupt ein weiterführendes Schulangebot sichern, das wäre grob fahrlässig.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Schule ist ein Standortfaktor für Eltern, Familien und Unternehmen. Eine Schule ohne Dorf ist kein Dorf.

(Lachen von Ralf Witzel [FDP])

Ein Dorf ohne Schule ist kein Dorf. – Ja, das war eben ein Versprecher. Das passiert Ihnen nie, Herr Witzel. Ich bewundere Sie.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Was die FDP hier veranstaltet, ist doch in hohem Maße verlogen. Ich will mal einen Vergleich ziehen. Die Wettbewerbspartei FDP rettet jede Apotheke im Land – aber sie will zehnjährigen Kindern zumuten, dass sie für den Besuch einer zukunftsfähigen Schule mit weiterführenden Abschlüssen wer weiß wie weite Schulwege auf sich nehmen müssen. Darum geht es, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Ralf Witzel [FDP]: Blödsinn!)

Wir gestalten diese Schule der Zukunft.

In der weiteren Debatte werde ich noch etwas ausführlicher auf das pädagogische Konzept der Schule Ascheberg eingehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Kaiser.

Klaus Kaiser (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe natürlich nicht das Telefonbuch, sondern die BASS mitgebracht.

Frau Löhrmann hat hier sehr engagiert vorgetragen. Da kommt man ja zu seinen eigenen Schlussfolgerungen. Angesichts der Vielzahl der Schulversuche, die Sie hier anführen, weise ich darauf hin, dass die Kompetenzzentren in § 20 Abs. 5 Schulgesetz verankert sind.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Marc Ratajczak [CDU]: Aha!)

Ich zitiere:

„Der Schulträger kann Förderschulen zu Kompetenzzentren für die sonderpädagogische Förderung ausbauen. Sie dienen der schulischen Förderung von Schülerinnen und Schülern ... Das Ministerium wird ermächtigt, die Voraussetzungen zur Errichtung und die Aufgaben im Einzelnen durch Rechtsverordnung näher zu regeln“.

Von daher können Sie es sich sparen, Herrn Laumann die ganzen Schulversuche, die es gibt, mitzuteilen. In einem besteht aber ein Unterschied – darüber müssen wir uns Klarheit verschaffen –

Frau Löhrmann: Es hat noch nie die Absicht gegeben, die gesamte Schulstruktur durch einen Schulversuch zu ändern. Das ist der entscheidende Unterschied. Deshalb gibt es darüber einen Dissens und keinen Konsens.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Frau Böth, seien Sie bitte vorsichtig, wenn Sie anderen Benehmen beibringen wollen und wenn Sie anderen Vorschriften machen wollen, wann Anhörungen stattzufinden haben oder nicht. Ansonsten kommen wir mal zu gleichen Qualitätsmaßstäben, wenn es um Anhörungen und Ansinnen der Linken geht. Auch da könnte man sich nämlich fragen, ob die Arbeitszeit von Abgeordneten nicht sinnvoller genutzt werden könnte. Das nur zwischendurch; ansonsten lohnt die inhaltliche Auseinandersetzung nicht.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Gunhild Böth [LINKE]: Diese Frage ist immer legitim!)

Zu den Gemeinschaftsschulen – Frau Paul hat es ja angesprochen – gibt es Jubel in Ascheberg, aber Trübsal in Lüdinghausen. Es gibt Euphorie in Billerbecker bis hin zu dem, der geschrieben hat, das Billerbecker-Abitur werde vorbildlich im Lande sein. Da hat sich jemand gelobt, der das geschrieben hat und es als Wissenschaftler aus Münster beurteilt.

(Ralf Witzel [FDP]: Das Billerbecker-Abitur wird dann das Billigabitur!)

Aber dieser Euphorie in Billerbecker folgt das Verweigern in Coesfeld. Dem einstimmigen Beschluss in Neuenrade folgt das einstimmige Nein in Balve.

Wissen Sie, was all diesen Kommunen gemeinsam ist, Frau Paul? Die haben alle CDU-Bürgermeister. Deshalb können wir dies nicht nach Ihrem Ansatz lösen: Wir schicken Groß gegen Klein, und wir nehmen bewusst in Kauf, dass die Antwort auf die Frage nach der Struktur in den Kommunen gegeben wird.

Sie treiben Unfrieden in die Kommunen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie schaffen Gewinnerkommunen und Verliererkommunen, wobei zu bedenken ist, dass die Verliererkommunen über Jahre Millionen investiert haben und wir demnächst vor Investitionsruinen im Schulbau stehen.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

Da bin ich absolut der Meinung: Lasst uns das lieber in Köpfe und Lehrerinnen und Lehrer investieren. In dieser Richtung haben wir genügend Bedarf.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Bei Ihrem jetzigen Vorgehen wird eines deutlich – auch das muss angesprochen werden –: Mit der Konzeption der Gemeinschaftsschule wird der Fron-

talantritt auf das Gymnasium eröffnet. Das ist der Hintergrund, über den man offen sprechen muss. Frau Löhrmann, wenn Sie herumgehen und erklären: „Wir lösen von Landesebene keine Schulform auf“ – gestern haben Sie das noch zum Bereich Realschulen gesagt; Sie haben es auch bei der Landeselternschaft der Gymnasien geäußert –, dann ist das zynisch, weil Sie genau wissen: Die Strategie der Einführung der Gemeinschaftsschule soll dazu führen, dass es auf Dauer keine Realschule, keine Hauptschule und kein Gymnasium mehr gibt.

(Beifall von der CDU – Ralf Witzel [FDP]:
Genau! So ist es!)

Sagen Sie das offen. Es ist zynisch, den Eindruck zu erwecken, als herrsche hier Frieden in der Schulszene. Das letzte Gymnasium hat verstanden, dass es darum geht, ob die Gymnasien als Schulform weiter akzeptiert werden oder nicht.

Die Strategie, die Sie anwenden, hat doch Folgen. Wenn ein Drittel umgewandelt wird, werden den Schulen Schüler entzogen. Damit werden Sie die Schulform natürlich nicht auflösen. Die Schulform wird aber de facto abgeschafft. Das ist doch das Zynische, was sie hier veranstalten.

(Beifall von der CDU – Ralf Witzel [FDP]:
Das ist der Punkt!)

Es ist wichtig festzuhalten, dass die Gemeinschaftsschule eben nicht demografiefest ist. Die Gemeinschaftsschule hat einen Nachteil. Deshalb kann sie auch nicht unsere Zustimmung finden. Sie ist nämlich eine Angebotsausweitung. Sie braucht mehr Schülerinnen und Schüler. Sie braucht zusätzliche Schülerinnen und Schüler – und das bei zurückgehenden Schülerzahlen. Deshalb ist durch die Konstruktion zwangsläufig vorgegeben, dass es zu Auseinandersetzungen und Konflikten bei Entscheidungen vor Ort kommen kann.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie tricksen die Kommunen gegeneinander aus, um das System zu wechseln. Das muss man ganz deutlich beleuchten.

Wir lassen uns das – eben haben Sie es nicht gesagt – auch über einen Schulversuch nicht zubilligen. Wir lassen uns von Ihnen auch nicht erzählen, wir hätten den § 25 des Schulgesetzes eingeführt. Das ist nämlich falsch. Diesen § 25 haben wir aus dem rot-grünen Vorgängergesetz übernommen. Unsere Änderung bezieht sich lediglich auf Abs. 3. Auf diesen Absatz berufen Sie sich aber gar nicht. Nur der guten Ordnung halber!

Die rechtliche Überprüfung der Gemeinschaftsschule haben Sie ja abgeschlossen. Der Duktus Ihrer Rede ist jetzt nicht ganz frei von Befürchtungen. Ich denke, dass diese Befürchtungen bei Ihnen zu Recht bestehen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist ja lächerlich!)

Was den regionalen Konsens betrifft, sehen wir vor Ort – das machen die Konflikte deutlich, die vorhanden sind –, dass es nicht ausreicht, ein Benehmen herzustellen. Es muss ein Einvernehmen sein. Nach unserer Meinung kann es auf Dauer nur so sein, dass kreisweit oder in Kreisrandzonen über die Kreise hinaus in den Regionen Konsens geschaffen wird und Kompromisse gefunden werden; denn an der Demografie ist weder eine kleine Stadt noch eine Mittelstadt schuld.

(Beifall von der CDU)

Wir müssen aber Lösungen finden, bei denen Kompromisse vorhanden sind.

(Beifall von der CDU)

Das CDU-Modell der Verbundschule macht es gerade möglich, auch kleine Stadtteilschulen zu erhalten. Das ist exakt der Punkt.

(Gunhild Böth [LINKE]: Ja, aber das wollen Ihre Bürgermeister nicht!)

Wir machen eines nicht, Frau Löhrmann: Wir gehen nicht hin und sorgen dafür, dass die Gymnasien aus der Fläche verschwinden. Das wird mit uns nicht machbar sein.

(Beifall von der CDU)

Deshalb fühlen wir uns auch ganz wohl mit dem, was Herr Schleicher gesagt hat. Über die Äußerungen von Frau Hendricks war ich eben schon fast selber überrascht. Ich dachte, dass sie das Zitat nimmt, das ich auch vorlesen wollte. In der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ steht:

„Positiv wertete er“

– Herr Schleicher –

„auch, dass sich bei der Schulstruktur das Zweisäulenmodell durchsetze.“

Sie sind doch bundesweit die einzige Landesregierung, die ein Einsäulenmodell und die Einheitsschule flächendeckend einführen will.

(Beifall von der CDU)

Damit sind Sie die Einzigen in ganz Deutschland. Hingegen ist die CDU dahin gehend auf einem sehr guten Weg, dass das, was Herr Schleicher sagt, in Nordrhein-Westfalen angewandte Praxis ist.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir abschließend noch eine Bemerkung zum Stichwort „soziale Gerechtigkeit“. Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, alle Programme der Gemeinschaftsschulen, die bisher im Antragstellungsverfahren sind, durchzulesen. Sie fließen alle vor der Betonung der gymnasialen Standards über. Das heißt, das sind Werbeproschüren für Eltern, die ihr Kind zum Gymnasium schicken wollen. Damit ist klar, wohin der Angriff geht.

Zu meinem Bedauern – das hat mich erschrocken – vermisse ich das, was uns PISA in die Stammbücher geschrieben hat. Bei uns wird nämlich zu wenig getan, um bildungsungeübten Schülerinnen und Schülern im unteren Leistungsspektrum entsprechende Angebote zu machen.

(Beifall von der CDU)

Ich habe bei keiner Programmatik eine Strategie gefunden, wie gerade den Schwächeren, gerade denen, die besondere Unterstützung benötigen, insbesondere geholfen werden kann. Diese Schwäche ist programmatisch vorhanden. Es wird genau so kommen, wie Thomas Sternberg gesagt hat: Vor lauter Euphorie, dass man das Billerbeck-Abitur machen kann, werden sich alle Mühe geben, dass die entsprechenden Schüler dann auch durchkommen. Dabei werden diejenigen, die es eigentlich nötig haben, bei Ihnen wieder auf der Strecke bleiben.

Vergessen Sie bitte nicht: Sie haben uns 2005 das unsozialste Schulsystem in ganz Deutschland hinterlassen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Nirgendwo sonst sind soziale Herkunft und Bildungserfolg stärker voneinander abhängig als in Nordrhein-Westfalen.

(Gunhild Böth [LINKE]: Und daran haben Sie fünf Jahre lang nichts geändert!)

Und Sie gehen wieder genau in die falsche Richtung. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Kaiser. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Große Brömer.

Wolfgang Große Brömer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wo ist er geblieben, der nette, meistens sachliche Herr Kaiser aus der letzten Legislaturperiode, der manchmal so sympathisch war, dass ihn einige mit dem genauso freundlichen Herrn Kaiser aus der Werbung verglichen haben? Er ist nicht mehr da – im wahrsten Sinne des Wortes. – Doch, er steht noch hinten und hört zu. Das ist erfreulich.

(Norbert Post [CDU]: Selbst wenn er draußen wäre!)

Man wundert sich natürlich über solche Verbalattacken wie „Frontalangriff gegen das Gymnasium“, in der letzten Plenardebatte „Aufkündigung des Schulfriedens“ und all diese martialischen Worte. Man fragt sich: Woran liegt es eigentlich, dass Herr Kaiser so angriffslustig wird und bei seinen Unterstellungen leider auch die Sachlichkeit vergisst und nicht mehr zum Tragen kommen lässt?

Dafür findet man eigentlich nur eine Erklärung: Die Verunsicherung muss bei der CDU-Fraktion ziemlich tief sitzen – die Verunsicherung darüber, dass sie in ihrer schulpolitischen Debatte immer einsamer wird und dass ihr die Bündnispartner reihenweise davonlaufen. Bei der CDU ist Angst ausgebrochen – Angst vor dem nächsten CDU-Bürgermeister, der die Interessen seiner Kinder und Jugendlichen im Ort bei der Entwicklung der Schullandschaft für wichtiger hält und deswegen eine Gemeinschaftsschule beantragt. Er hält dies für wichtiger als die schulpolitische, bildungspolitische Ideologie der Großkopferten der CDU in Düsseldorf.

Sie haben Angst, meine Damen und Herren von der CDU, zugeben zu müssen, dass Sie in den letzten fünf Jahren ein totes Pferd nach dem anderen geritten haben und mittlerweile nicht mehr wissen, wie Sie denn möglichst elegant davon runterkommen sollen

(Beifall von Sören Link [SPD] und von Gunhild Böth [LINKE])

bzw. wie Sie denn jetzt eigentlich die Kurve kriegen sollen.

Sie haben schließlich auch Angst davor, dass das schwarz-gelbe bildungspolitische Kartenhaus der letzten fünf Jahre völlig in sich zusammenbricht, weil die Realitäten mittlerweile völlig andere sind.

Wir haben das in der Anhörung der letzten Woche eindrücklich erleben dürfen. Flächendeckend hat fast jeder eingeladene Experte sein Unverständnis über den Inhalt dieser Anhörung zum Ausdruck gebracht

(Gunhild Böth [LINKE]: Sage ich ja!)

und auch intern deutlichere Worte gefunden. Da war dann von einem intellektuell dürrtigen bzw. sogar dümmlichen Antrag, der Grundlage dieser Anhörung war, die Rede.

Wenn eine schwarz-gelbe Bildungspolitik schon emeritierte Professoren aus München einfliegen lassen muss, um überhaupt noch Unterstützer für ihre Position zu finden, wird deutlich, wie schwach die fachliche Begleitung dieser bildungspolitischen Position inzwischen geworden ist.

Wenn sich dann der alte Bündnispartner „Realschullehrerverband“ schon vor Monaten entschlossen hat, sich lieber in „lehrernrw“ umzubenennen, dann wird deutlich, wohin der Zug schon längst abgefahren ist. Die Bündnispartner schwinden. Sie werden einsamer, und Sie denken trotzdem nicht darüber nach, wie Sie Ihre Position ändern können.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE], von Sören Link [SPD] und von Gunhild Böth [LINKE])

Ich erinnere an das Ergebnis der Anhörung. Eben war ja schon Herr Hebborn angesprochen worden, der für mehr Sachlichkeit und mehr Pragmatismus plädiert und deutlich gemacht hat, dass man diese

ideologischen Kämpfe im kommunalpolitischen Raum nicht mehr ertragen möchte.

Neben Herrn Hebborn hat sich Dr. Matthias Menzel vom Städte- und Gemeindebund zu Wort gemeldet. Er hat auf das Positionspapier „Entwicklung von Schulen“ des eigenen Verbandes verwiesen und hat dann wörtlich gesagt: „Vor diesem Hintergrund ist der vom Land nunmehr beabsichtigte Modellversuch ausdrücklich zu begrüßen.“

Gabriele Bellenberg von der Ruhr-Universität Bochum weist nach, dass das Modell Gemeinschaftsschule geeignet ist, die richtigen Antworten für die aktuellen bildungspolitischen Fragestellungen zu finden. Sie sagt wörtlich: „Deswegen halte ich den Modellversuch Gemeinschaftsschule für einen Beitrag und einen Ansatzpunkt zu notwendigen Reformen in Nordrhein-Westfalen.“

Udo Beckmann, Vorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung,

(Zurufe von der CDU)

sagt für den Modellversuch ausdrücklich Unterstützung zu und betont – hören Sie doch zu, denn das kann Sie nur schlauer machen – wörtlich: „Schulstruktur und innere Schulgestaltung sind zwei Seiten einer Medaille; man kann sie nicht trennen.“

Eberhard Kwiatkowski, Landeselternkonferenz Nordrhein-Westfalen, kritisiert Ihren Diskussionsstil und sagt:

„Dieses hoch differenzierte und differenzierende System Gemeinschaftsschule als Einheitsschule zu bezeichnen, verstärkt die alten ideologischen Grabenkämpfe und trägt einen Schulkrieg mit billiger Rhetorik ins Land.“

Meine Damen und Herren, deutlicher kann man es eigentlich nicht sagen, wie fern Sie von der bildungspolitischen Realität sind

(Zuruf von Andreas Krautscheid [CDU])

und wie fern Sie davon sind, was in der bildungspolitischen Landschaft mittlerweile passiert und passieren muss.

Meine Damen und Herren, verzeihen Sie mir, dass ich an die FDP keinen Appell richte, weil ich da die Hoffnung aufgegeben habe. Aber bei der CDU ist das nicht der Fall. Ich möchte Sie auffordern, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Machen Sie endlich eine Wende! Akzeptieren Sie die Realitäten! Machen Sie eine Wende hin zur bildungspolitischen Vernunft! Sie geraten von Tag zu Tag tiefer in eine bildungspolitische Sackgasse. Die Wendemöglichkeiten werden für Sie von Tag zu Tag geringer.

Ich möchte Sie noch einmal ausdrücklich auffordern, auch die Interessenlagen Ihrer eigenen Bürgermeister, Ihrer eigenen Schulpolitiker vor Ort ernst zu nehmen.

(Klaus Kaiser [CDU]: Aller!)

– Aller ernst zu nehmen. Ich verstehe ja Ihr krampfhaftes Bemühen, zweifelnde Bürgermeister mit CDU-Parteizugehörigkeit noch zu anderslautenden Stellungnahmen zu bewegen. Aber Ihre Verzweiflung wächst von Tag zu Tag, weil Sie immer weniger von diesen finden. Wir hingegen finden immer mehr Bürgermeister, die sich für die Interessen der Kinder in ihrer Stadt einsetzen, für eine zukunftsgerichtete Schulform vor Ort.

Wenn Sie stärker auf die Pragmatiker vor Ort hören würden, wenn Sie Abschied nehmen würden von Ihren alten bildungspolitischen ideologischen Vorstellungen, wenn Sie sich lösen könnten von Ihrem alten Bündnispartner FDP, dann gebe ich bei Ihnen die Hoffnung noch nicht auf. Ich hoffe, dass das in Zukunft auch mehr zum Tragen kommt. Ich hoffe auf den Redebeitrag von Herrn Ratajczak, der das vielleicht aufgreift und gleich versucht, das auch sinnvoll zu ergänzen. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Große Brömer. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Jahresende naht. Es wird in wenigen Tagen auch für Sie, Frau Löhrmann, der Tag der Wahrheit kommen. Sie können nämlich dann am Jahresende 2010 nicht mehr einfach nur noch Sandmännchen spielen und allen Menschen in diesem Land möglichst viel Sand in die Augen streuen. Dann müssen Sie nämlich Farbe bekennen. Dann werden wir Bilanz ziehen.

Sie haben ja heute schon druckfrisch – das kam heute Morgen bei mir quasi warm aus meinem Drucker – die Antwort auf eine weitere von uns gestellte Parlamentsanfrage zum aktuellen Stand der bei Ihnen konkret vorliegenden rechtsgültigen Antragstellungen gegeben.

Da haben Sie noch einmal auf den letzten aktuellen Stand von konkreten rechtsgültigen Antragstellungen von Schulträgern für Gemeinschaftsschulen – also nicht, wer so mal angefragt hat oder mit dem man sich so nett in irgendwelchen diskursethischen Runden unterhält –, hingewiesen, nämlich auf zwei: Ascheberg und Billerbeck – zwei von über 2.000 weiterführenden Schulen.

(Sören Link [SPD]: Begründen Sie damit einmal Ihre Verfassungsklage, Herr Witzel! Darauf freue ich mich jetzt schon! – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Da sind wir schon unterhalb des Promillebereichs angelangt. Das muss Ihnen doch ausdrücklich zu denken geben.

Herr Link, jetzt komme ich zu Ihrem Zuruf. Sie müssen Ende des Jahres eine Entscheidung treffen, Frau Löhrmann. Sie könnten feststellen: Ihr sogenannter Schulversuch der sogenannten Gemeinschaftsschule ist gescheitert, und Sie schaffen dann ein oder zwei dieser Schulen, die laufen.

(Gunhild Böth [LINKE]: Wo steht das denn im Schulgesetz?)

Vielleicht haben Sie bis dahin – es sind noch ein paar Tage bis zu den Weihnachtsfeiertagen für Ratssitzungen übrig – noch vier, fünf oder sechs – das wäre alles noch im Promillebereich –, die dann eben so laufen. Dann können Sie in der Tat sagen: Dagegen lohnt sich in der Tat auch keine Verfassungsklage, wenn es bei über 2.000 Schulen nicht mal ein Dutzend macht.

Die zweite Möglichkeit: Ihnen reicht das nicht, weil sich SPD und Grüne – das ist ja die Wahrheit – eigentlich verabredet haben, innerhalb dieser Legislaturperiode ein Drittel aller weiterführenden Schulen aufzulösen; denn vor dem Hintergrund Ihrer Parteiprogrammaussagen wollen Sie am Ende dieses Weges gar keine Differenzierung mehr, sondern nur noch eine Einheitsschule.

(Sören Link [SPD]: Das ist doch Quatsch, was Sie da sagen! – Weitere Zurufe von der SPD – Beifall von der FDP)

Und diese Frage müssen Sie dann Ihren linken Zielgruppen beantworten. Stellen Sie fest, der Schulversuch ist gescheitert und es bleibt dann bei dieser Handvoll der sogenannten „Gemeinschaftsschulen“, oder kommen dann weitere Schritte?

(Zuruf von der SPD: Machen Sie doch den Prozess mit uns!)

Gibt es dann Zwangsinstrumente? Gibt es dann Neuaufgaben weiterer Schulversuche, um die bildungspolitische Landschaft immer mehr zerfasern zu lassen?

(Gunhild Böth [LINKE]: Das tut richtig weh!)

Diese Frage müssen Sie beantworten. Der 31. Dezember 2010 lässt uns ganz in Ruhe verharren und macht uns nicht Angst und Bange.

(Sören Link [SPD]: Das merken wir Ihnen an!)

Denn mit diesem laufenden sogenannten Schulversuch, Frau Ministerin Löhrmann, sind Sie voll vor die Wand gefahren und machen dann wahrscheinlich noch andere im Rahmen der großen „Unfallflucht“ dafür verantwortlich.

(Beifall von der FDP)

Zu dem Unterschied zu anderen echten Schulversuchen, die es von Schwarz-Gelb gegeben hat: Wir haben auf Basis von § 25 die Menschen in unserem Land mitgenommen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Die sind aber nicht mitgekommen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wir haben nämlich echte Schulversuche angeboten. Wir haben gesagt: Innovative Bildungspolitik setzt voraus, dass sie von den Menschen vor Ort getragen wird, dass die Schulgremien sie wollen und dass es Schulkonferenzen gibt, die sich dazu bekennen, diesen Weg mitmachen zu wollen und bestimmte Dinge auszuprobieren, Herr Link.

(Sören Link [SPD]: Wo ist denn da der Unterschied zu uns?)

Denen haben wir das dann genehmigt. Sie sagen hier aber ausdrücklich, dass Sie das Votum der betroffenen Schulkonferenz nicht interessiert.

(Sören Link [SPD]: Es wird doch niemand dazu gezwungen, eine Gemeinschaftsschule zu errichten! Das ist doch Quatsch!)

Sie interessiert das politische Votum des kommunalen Schulträgers, je nach parteipolitischer Zusammensetzung des Gemeinderates. Sie interessieren sich aber nicht für die Menschen in den Schulen, die diese Frage zu entscheiden haben.

Deshalb erleben Sie ja auch, dass überall dort, wo die Menschen gefragt werden – wie bei Ihrem G9-Abitur –, die Anträge nicht kommen, weil das Verfahren da ein anderes ist. Da handelt es sich nicht nur um eine politische Entscheidung, sondern da werden die Menschen in den Schulen gefragt. Dementsprechend liegt Ihnen zum heutigen Tag kein einziger rechtsgültiger Antrag vor, nachdem Sie hier jahrelang einen riesigen Popanz aufgebaut haben. Diese Unterschiede muss man schon sehen.

(Beifall von der FDP)

Eines zur Wettbewerbslandschaft, Frau Löhrmann: Niemand in der FDP-Landtagsfraktion hat irgendetwas gegen Wettbewerb. Wir wollen aber fairen Wettbewerb auf Augenhöhe, keine Giftköder.

(Sören Link [SPD]: Das wäre das erste Mal, dass Sie fairen Wettbewerb wollen! Fünf Jahre lang haben Sie das Gegenteil gemacht!)

Sie legen hier Giftköder aus, durch die Leute mit Aromastoffen bewusst angelockt und verführt werden sollen, dort hineinzubeißen. Und wenn sie das getan haben, bemerken sie erst später die Schmerzen, die das verursacht.

Sie sind gerade nicht für fairen Wettbewerb. Sie wollen subventionieren. Sie setzen andere Standards an. Sie wollen Lehrer herauskaufen, indem Sie ihnen mehr Weiterbildung und weniger Unter-

richtungsverpflichtung anbieten. – Das alles hat mit fairem Wettbewerb nichts zu tun. Es ist so wie seinerzeit mit Ihrer Gesamtschulgründungsoffensive, bei der nur die Gesamtschulen das Ganztagsprivileg hatten und andere Schulen nicht.

(Gunhild Böth [LINKE]: Ist doch gar nicht wahr!)

Fairen Wettbewerb auf Augenhöhe halten Sie nicht aus.

Damit bin ich bei meiner allerletzten Bemerkung, auch in Richtung CDU: Hier ist eben gesagt worden, die Gemeinschaftsschule sei eine Art „Gesamtschule Light“. Nein, das ist nicht „Gesamtschule Light“. Es ist schlimmer als Gesamtschule, denn in der Gesamtschule hat man in höheren Jahren zumindest noch die Differenzierung zwischen E- und G-Kursen.

(Sören Link [SPD]: Was würden wir bloß ohne diese Differenzierung machen! Wir würden bestimmt alle zugrunde gehen! Die ist doch kein Selbstzweck!)

Für den normalen Regelbetrieb der dreizügigen Gemeinschaftsschule hat man diese Differenzierungsmöglichkeit nicht. Nicht einmal die Schulen, die das wollten, haben diese Freiheit, weil es ihnen vom Ministerium untersagt wird. Der Einstieg in die Einheitsschule ist ein differenzierungsloses Angebot, und der ist in der Tat mit uns nicht zu machen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Witzel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer wissen will, warum die FDP in NRW da steht, wo sie steht, der muss sich nur die Rede von Herrn Witzel anhören.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN – Heiterkeit von der FDP)

Frau Pieper-von Heiden ist ja sogar in das Zeitalter vor „Comenius“ zurückgefallen. Ich bitte das Präsidium auch darum zu prüfen, welcher Redestil hier gepflegt wird, wenn man davon spricht, dass eine Landesregierung Giftköder auslegt.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der FDP: Ooh!)

Aber ich möchte gern drei Punkte zum Stil und der Kommunikation im Rahmen dieser Themenstellung aufgreifen. Den ersten fasse ich unter das Stichwort „Fremdschämen“; denn ich habe mich eben für diesen Beitrag schon fremdgeschämt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Heiterkeit von der FDP)

Beim zweiten Punkt geht es um Philologen und Mikrowellen – das möchte ich auch gleich gerne ausführen – und beim dritten um unterschiedliche Sphären, die im Land und im Landtag zu vernehmen sind.

Ich will aber gern bei der CDU beginnen. Der neue CDU-Vorsitzende, Herr Röttgen, hat ja nun seine Personalentscheidungen getroffen. Welches Risikopotenzial damit verbunden sein kann, zeigt sich am neuen Generalsekretär Oliver Wittke, wenn er in der Fläche unterwegs ist. Wir kennen ihn ja als einen Mann, der hier schon einmal über die eigene Schnelligkeit gestolpert ist.

(Zuruf von der CDU: Meine Güte!)

Und jetzt überholt er sich gerade selbst; die Zunge ist offenbar schneller als das Denken. Und was für eine Sprache wird da produziert? Ich zitiere: „Deshalb ist das, was Frau Löhrmann da treibt, Unzucht mit Abhängigen.“

(Sören Link [SPD]: Pfui Deibel! – Weitere Zurufe)

Wissen Sie, da fällt mir nur eines ein – und das betrifft wieder den Begriff „Fremdschämen“ –: Da muss man sich für Politiker und Politikerinnen, die sich so über Kinder äußern, fremdschämen.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

In die gleiche Kategorie fällt auch der Begriff „Schülerkannibalismus“. Jeder, der solche Worte in den Mund nimmt, sollte sich das genau überlegen.

(Ralf Witzel [FDP]: Es ist aber die für Sie bittere Wahrheit!)

– Herr Witzel, besuchen Sie einmal einen Moral- und Ethikkurs, das würde Ihnen guttun.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Über den Auftritt vom Generalsekretär der CDU in Herford hat der Journalist am 29. November im „Westfalen-Blatt“, finde ich, sehr zutreffend berichtet. Er hat für seinen Artikel folgende Einführungszeile gefunden: „Wäre die NRW-CDU ein Winterreifen, würde es bei der Profiltiefe mächtig eng werden.“

Recht hat der Mann! Sie stehen eigentlich blank da, weil Sie sich nicht bewegen. Eigentlich hilft nur ein Reifenwechsel. Aber davon scheinen Sie nicht genug neue Exemplare in der Garage zu haben,

(Norbert Post [CDU]: Och!)

sonst hätten Sie nicht auf Menschen zurückgreifen müssen, die sich in dieser unsäglichen Art und Weise äußern.

Da wir gerade bei Profilen sind: Ich finde, das Profil des Philologenverbandes ist reichlich ramponiert. Wenn man so argumentiert – auch mit dem vorgelegten Rechtsgutachten –, mache ich mir auch ein bisschen Sorgen um die gymnasiale Bildung. Denn es ist schon sehr mutig, sich mit einem so dünnen Rechtsgutachten in die Öffentlichkeit zu wagen. Die Ministerin hat gerade dargelegt, was § 25 in diesem Land alles schon mit bewegt hat. Es wäre gut, wenn sich das der Gutachter einmal angeschaut hätte.

Mir kommen das Gutachten und die Aktion des Philologenverbandes wie das Spielchen von Kindern mit der Mikrowelle vor, das Sie vielleicht kennen. Das kann man mit einem Schokokuss oder einem Marshmallow machen. Der wird reingesetzt, einige Sekunden erhitzt, und dann bläst sich das ganze Ding auf. Nur, wenn die Tür geöffnet wird, und die Luft der Realität drankommt, schrumpelt es ganz schnell zusammen. – Genau das passiert auch mit diesen Positionen, die hier vorgetragen worden sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will gerne auch noch etwas zu den Sphären sagen. Wir merken, dass das Landtagsbiotop der FDP

(Heiterkeit von der FDP)

von der Realität der Kommunen weit weg ist. Übrigens, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, hat Ihr Kollege in der Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebundes genauso wenig quergezogen wie die Kollegen Löttgen oder Biesenbach. Es gab einen einstimmigen Beschluss des Präsidiums, der den Schulversuch Gemeinschaftsschule begrüßt hat.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Da herrscht nämlich der rationale Blick auf das, was geboten ist. Es ist schon sehr interessant, wo da die Welten auseinanderklaffen.

Aus dieser Sitzung, Herr Kaiser, will ich gerne noch den Hauptgeschäftsführer zitieren, der gesagt hat: Es kann kein Vetorecht für Kommunen geben. Und das, was zum Beispiel gerade Coesfeld dort aufführt, ist ein bisschen irrational. Wenn man am Gymnasium mit sehr vielen Schülerinnen und Schüler zusätzliche Räume anmieten muss, sie nicht unterbringt und sich dann mit Krokodilstränen beschwert, hier würde quasi die Existenz des gymnasialen Standorts in Rede stehen, ist das mehr als unlauter. Auch daran wird der Städte- und Gemeindebund mit seinen Mitgliedskommunen arbeiten.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Bitte transportieren Sie nicht eine so verquere Position, Herr Kaiser! Auch das müssen Sie geradeziehen. Wir sollten uns freuen, wenn es gelingt, dass mehr Jugendliche höherqualifizierte Abschlüsse machen. Darin liegt gerade für die Mittelzentren ei-

ne erhebliche Chance; denn dann können dort die Oberstufenzentren gestärkt werden und insgesamt auch das attraktive Angebot für junge Menschen einschließlich Arbeitsplatzangebote in der Region. Die Wirtschaft steht nämlich dahinter, vor Ort, nur Sie nicht.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Beuermann.

Bärbel Beuermann (LINKE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe interessierte Zuschauer auf der Tribüne! Lassen Sie es mich mal mit einem ganzheitlichen Ansatz versuchen! Ich versuche jetzt, für Sie auf die Schnelle einen Förderplan zu erstellen, damit Sie sinnentnehmendes Lesen auch tatsächlich praktizieren können. Ich glaube, wir haben uns nicht nur hier, im Plenum, mehrfach mit der Thematik auseinandergesetzt, sondern auch in den Ausschüssen. Ich würde Ihnen vorschlagen, Absatz für Absatz langsam zu lesen, vielleicht mit fachkompetenten Menschen zu diskutieren und sich Hilfestellung zu suchen. Das Ganze kann man einfach in Gruppenarbeit machen. Aber es besteht natürlich auch die Möglichkeit, es mit einem Wochenplan zu versuchen.

Die Linke bietet sich Ihnen gerne an, Sie dabei zu unterstützen, Ihre individuelle Förderebene zu finden. Vielleicht ist es auch ein Fünf-Jahres-Plan. Fünf-Jahres-Pläne sind ja vielen Menschen aus der Vergangenheit bekannt. Auch das legen wir gerne für Sie an. Noch mal: Unsere Hilfe steht Ihnen zur Verfügung. Denn wir bieten es Ihnen nicht nur an, wir laden Sie ein, sinnentnehmendes Lesen mit uns zu lernen.

Vor dem Hintergrund, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ihnen fehlen die Argumente. Sie machen ein Fass auf, das peinlich ist. Ich finde es auch gegenüber den Eltern, den Kindern und den Kommunen peinlich, wie Sie hier argumentieren und reagieren. Nehmen Sie es doch einfach als Chance hin! Nehmen Sie diese Einladung an! Schauen Sie sich noch mal das Gesetz an! Gehen Sie dann bitte in sich und versuchen Sie, Ihre Gedanken zu sammeln und in geordnete Bahnen zu lenken, und zwar in sach- und zielorientierte Bahnen, damit es für die Menschen, die Kommunen und die Betroffenen, auch für die Kinder dieser Schule, Gültigkeit hat!

Noch etwas: Wir dürfen auch die Kolleginnen und Kollegen vor Ort nicht außer Acht lassen. Frau Böth hat es eingangs schon gesagt, wie oft wir hier unnütz Zeit verschwendet haben. Das geht einfach nicht mehr. Ich appelliere an Sie: Gehen Sie in sich!

Machen Sie sich fachkompetent! Dann können wir zu einer gemeinsamen Lösung kommen.

(Ralf Witzel [FDP]: Dann müssen Sie sich erst selber neu erfinden!)

– Ansonsten, Herr Witzel, kommen Sie heute Nachmittag zu mir! Ich habe schon einen Leseplan für Sie erstellt. Sie können ihn dann durchgehen, ob er so für Sie Gültigkeit hat. – Ich danke.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Beuermann. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Löhrmann.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ich habe mich noch mal gemeldet, weil ich auf Ihren Beitrag, Herr Kaiser, reagieren will. Die CDU scheint so verzweifelt zu sein, dass sie glaubt, die Interessen der verschiedenen Gemeindegroßen nicht mehr unter einen Hut zu bekommen und nicht mehr steuern zu können, sodass die CDU die Schulträgerschaft der kreisangehörigen Gemeinden infrage stellt.

(Zurufe von der CDU: Nein!)

Das finde ich höchst bemerkenswert. Das hat Herr Laumann schon in einer Presseäußerung getan. Als ich mit Herrn Schneider darüber gesprochen habe, war der höchst irritiert und wollte zeitnah das Gespräch mit Ihnen suchen. Wir halten die Schulträgerschaft der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen für ein hohes Gut, weil wir dafür sind, die örtliche Verantwortung sowie die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden zu stärken,

(Beifall von der SPD)

weil wir dem Subsidiaritätsprinzip folgen und glauben, dass unsere Städte und Gemeinden in der Lage sind, in Freiheit und Verantwortung qualifiziert vor Ort zu entscheiden.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hält es auch für richtig, dass die Leute vor Ort über die konkrete Ausgestaltung des pädagogischen Konzepts einer Gemeinschaftsschule entscheiden. Differenzierte Bildungsgänge sind ebenso möglich wie integrative Formen. Damit wird Bildungsvielfalt gefördert und nicht missachtet. Der Vorwurf eines Qualitätsabbaus in integrativ unterrichtenden Gemeinschaftsschulen ist nicht nachvollziehbar.

In einer Gemeinschaftsschule, die bis Klasse 10 integrativ unterrichtet, werden die Chancen der Heterogenität genutzt. Leistungsstarke und weniger leistungsstarke Schülerinnen und Schüler lernen gemeinsam miteinander und voneinander.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie lernen aber weniger!)

Dabei differenzieren integriert unterrichtende Gemeinschaftsschulen Lernprozesse in unterschiedlichen Formen entweder durch äußere Leistungs differenzierung oder binnendifferenziert über verschiedene Anspruchsebenen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das versteht die FDP nicht!)

In den pädagogischen Konzepten, die dem Antrag auf Genehmigung zur Teilnahme am Schulversuch Gemeinschaftsschule zur Prüfung beigefügt werden müssen, wird nachgewiesen, wie die Qualitätssicherung in der Schule erfolgt.

Ich will noch einmal deutlich machen: Die CDU warnt davor, die Schule sei zu anstrengend. Die FDP sagt, die Schule bräuchte keine Leistung. Sie sollten sich mal entscheiden, welchen Vorwurf Sie dauerhaft aufrechterhalten.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Zurufe von der CDU und von der FDP)

Das macht deutlich, meine Damen und Herren: Das Konzept dieser Schule ist darauf ausgelegt, sowohl den Schülerinnen und Schülern, die sonst auf eine Hauptschule gegangen wären, als auch den Schülerinnen und Schülern, die ein Abitur für sich für möglich halten, gerecht zu werden.

(Ralf Witzel [FDP]: Wer alle gleichstellt, stellt alle gleich schlecht!)

Das ist die Kunst von differenziertem Arbeiten in Schulen, die das gelernt haben. Dafür gibt es hinreichend Beispiele, meine Damen und Herren.

Die Abschlüsse – auch das will ich sehr deutlich sagen –, die in der Gemeinschaftsschule erreichbar sind, richten sich selbstverständlich nach den Bildungsstandards, die für alle Schulen gelten. Abschlüsse werden auf die gleiche Weise vergeben wie in den anderen Schulformen auch, das heißt: auf der Basis einer qualifizierten Leistungsbewertung, von Kurs- bzw. Bildungsgangzugehörigkeit und von Ergebnissen zentraler Prüfungen. Unabhängig von der Organisationsform der Gemeinschaftsschule zählen dabei nur die erbrachten Leistungen der einzelnen Schülerin und des einzelnen Schülers.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal die Eckpunkte des pädagogischen Konzepts der Schule in Ascheberg erläutern: Es sieht die Differenzierung nach Neigung und nach Leistung vor. Damit setzt es in vorbildlicher Weise um, was Sie ins Schulgesetz geschrieben haben, nämlich die individuelle Förderung von Kindern.

Wer die Profilschule mit diesem Konzept als Einheitsschule diffamiert, der macht deutlich, worum

es ihm geht: um ideologische Schlachten der Vergangenheit statt um die Schulen der Zukunft.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Wer das macht, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, der stellt die Schulform über das Interesse und das Wohl der Kinder. Das tun Sie.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Klaus Kaiser [CDU]: Nein!)

Die Landesregierung, diese Koalition steht für eine Politik, die konsequent die Kinder in den Mittelpunkt stellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Rahmen unserer Bildungskonferenz haben wir die erste Arbeitsgruppensitzung zu Fragen der Schulstruktur hinter uns. Die Kolleginnen Beer und Hendricks waren persönlich dabei, die CDU und die Linke haben, was völlig legitim ist, Vertreter entsandt. Die FDP hat sich aus der Bildungskonferenz verabschiedet. Herr Kollege Laumann, Herr Kollege Kaiser, Sie werden sich sowohl über die ersten mühsam erzielten Übereinkünfte als auch über die insgesamt sehr gute und vertrauensvolle Atmosphäre haben berichten lassen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Mir ist sehr daran gelegen, dass wir uns weiterhin austauschen: im Landtag, im Rahmen der Bildungskonferenz, aber auch in der öffentlichen Auseinandersetzung. Machen Sie ernst mit dem Anspruch, den Ihr neuer Landesvorsitzender formuliert hat. Herr Dr. Röttgen hat gesagt: Wir müssen die Schule vom Kind aus gestalten.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE] – Klaus Kaiser [CDU]: Genau! Da geben wir ihm absolut recht!)

Das ist ein hohes Gut. Dann werden Sie diesem Anspruch aber auch gerecht. Sie wollen Zäune um Schulformen bauen, denken nicht die Schule vom Kind aus und stellen die Schulform über das Kindeswohl.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Zuruf von Andreas Krautscheid [CDU])

– Die Gemeinschaftsschule ist keine Einheitsschule, Herr Krautscheid. Warum wollen denn Ihre Leute vor Ort diese Schule?

(Ralf Witzel [FDP]: Wegen der Subventionen!)

Warum beklagt sich die Fraktionsvorsitzende Frau Schulte-Loh aus Ascheberg über Ihre nicht zufriedenstellenden Argumente, meine Damen und Herren von der CDU? Warum hofft der Fraktionsvorsitzende der FDP, dass der neue Landesvorsitzende bald gewählt würde – inzwischen ist er es –,

weil man mit ihm vielleicht reden könne? In der FDP-Fraktion im Land habe er keinen Ansprechpartner. Das sind Zitate von Ihren Kollegen vor Ort.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Sören Link [SPD]: Das glaube ich gern!)

Ich sage es noch einmal: Es kommt darauf an, die Schule vom Kind aus zu gestalten.

(Klaus Kaiser [CDU]: Die Kinder sind wichtig!)

Die Gemeinschaftsschulen – die in Ascheberg und auch die anderen – gestalten die Schule, den Lebensweg und die Bildungsbiografie der Kinder vom Kind aus. Gestalten Sie sie mit, statt sie zu blockieren. Seien Sie bitte dafür und nicht dagegen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Ratajczak das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Marc Ratajczak¹⁾ (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal: Frau Hendricks, Sie haben eben mal wieder den Begriff der Chefsache benutzt. Mittlerweile nutzt er sich bei Frau Kraft ganz schön ab; denn irgendwie ist alles Chefsache, und es passiert gar nichts. Wir haben jetzt 13:05 Uhr und debattieren seit 11:35 Uhr. Wo ist denn die Chefin?

(Beifall von der CDU)

Wenn es doch Chefsache ist und man es als eine solche verkaufen will, dann gehört es doch zumindest dazu, der Debatte zu folgen.

(Renate Hendricks [SPD]: Die Ministerin ist da, stellen Sie sich vor!)

– Noch eins, Frau Hendricks: Sie haben sich eben beschwert, dass wir die Hauptschuloffensive in den Stiel gestoßen haben. – Ich halte es für recht unwürdig und unmöglich für eine Sozialdemokratin, wenn Sie uns vorwerfen, dass wir uns um lernschwache Kinder und Jugendliche kümmern.

Frau Löhrmann, Sie haben uns Verfassungsferne vorgeworfen. – Nicht wir, sondern der Verfassungsrechtler Prof. Gärditz hat festgestellt, dass Ihre Gemeinschaftsschulen knapp an der Verfassung vorbeigehen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Mikrowelle! Marshmallow!)

– Frau Beer, Marshmallow? Dazu sage ich nichts. Aber noch eins: Unser Generalsekretär Wittke hat in der Sache recht,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Was?)

wie Sie mit der Gemeinschaftsschule umgehen bzw. die anderen Schulen vernachlässigen. Es geht nur um den Sprachstil. Diesen haben weder Kollege Kaiser noch Kollege Sternberg noch ich benutzt und werden ihn auch nicht benutzen. In der Sache aber, wie Sie die anderen Schulen vernachlässigen, kann man nichts dagegen einwenden.

Der große Wurf, den Sie versuchen zu veranstalten, ist am Ende keiner geworden, wieder einmal ist alles schwammig geblieben.

(Renate Hendricks [SPD]: Dass Sie das nicht erkennen, ist ja gerade das Problem!)

Sie versprechen den Leuten das Blaue vom Himmel.

Frau Beer, Frau Ministerin Löhrmann, Sie bringen immer schöne Vergleiche. Ich will auch einen nennen: Wir haben hier einen Golf, den Sie ferrariorot anmalen, mit Breitreifen und neuen Sitzbezügen versehen, und dann versprechen Sie uns allen, dass es ein Rennwagen ist. Aber nicht nur das: Der Wagen kann jetzt auch tauchen und fliegen. – Und das nennen Sie „Gemeinschaftsschule“ an der Stelle.

Aber nein – wie heißt es so schön? –, jeder Jeck ist halt ebbe anders. Deshalb sind wir ganz klar gegen den Einheitsbrei. Sie versuchen ja immer noch, uns klarzumachen, dass es keine Einheitsschule ist. Wir bleiben dabei, Frau Löhrmann. Sie konnten uns heute auch nicht vom Gegenteil überzeugen. Ganz im Gegenteil: Sie bringen weiter Unfrieden in die Schulen und, viel schlimmer noch, in die Kommunallandschaft. Sie blasen sich immer auf als die Götter, die mit irgendwelchen finanziellen Mitteln usw. Frieden in die kommunale Landschaft bringen, zünden aber hier wieder Feuer an. Kollege Kaiser hat es dargestellt.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Ratajczak, entschuldigen Sie.

Marc Ratajczak^{*)} (CDU): Es gibt keine Zwischenfragen, es ist doch Aktuelle Stunde.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ach so, ja.

Marc Ratajczak^{*)} (CDU): Sie bringen stattdessen noch einmal Zynismus herein. Nach dem Brandstifter-Prinzip zünden Sie das Feuer an, hauen dann ab und sagen hinterher: Das haben wir alle nicht gewollt.

Stattdessen sollten Sie eigentlich für alle Schulen die Lehrerwochenstunden und die Klassengrößen reduzieren. Das wäre eine faire Aktion, statt hier eine Schule zu bevorzugen. Das wäre auch, Frau Paul, Politik ohne Scheuklappen. – Aber Sie spielen hier mit den Schulen, und das ist nicht in Ordnung.

Apropos spielen: Die sicher geglaubten Heimvorteile und Heimspiele in Ihrer Schulpolitik erweisen sich wieder einmal als Rohrkrepierer. Heute sind es 80 Kommunen, die wohl Interesse haben, aber im Moment gibt es nur eine Kommune, die das mit Ihrer Gemeinschaftsschule tatsächlich umgesetzt hat. Ich prognostiziere, es werden am Ende keine zehn werden.

Dann haben Sie im Wahlkampf groß getönt, die Schulbezirksgrenzen würden wieder eingeführt. Bisher gibt es ganz wenige Kommunen, wenn überhaupt schon eine, die sie wieder einführen.

Das Gymnasium G9 ist ein weiteres Thema, das Sie zum Popanz aufgebaut haben. Ich habe bisher noch von keiner Schule gehört, dass sie es wieder einführen. Alle Schulen bleiben bei G8.

Die Spielwiesen, die Sie groß aufgebaut haben, sind also alle zum Rohrkrepierer in Ihrer Schulpolitik geworden.

In den anderen Bundesländern ist es nicht viel besser. Ich nenne das gemeinsame Lernen in der 5. und 6. Klasse in Niedersachsen. Ich darf Herrn Gabriel zitieren: Offenbar war es nur ein frommer Wunsch, Schüler mit derart großen Leistungsunterschieden gemeinsam zu unterrichten. Die Orientierungsstufe habe die Guten nicht richtig gut gemacht und die Schlechten nicht besser. – Das war 2003.

(Renate Hendricks [SPD]: Und was sagt man jetzt in Niedersachsen?)

Man ist schnell von diesem Schulversuch wieder abgerückt. Nur, von Fehlern kann man lernen. Wir tun das. Wir haben sicherlich auch einen gewissen Diskussionsbedarf. Wir haben Regionalkonferenzen für Schulpolitik eingeführt usw.

(Wolfgang Große Brömer [SPD]: Hört, hört!)

Aber leider lernt die SPD nicht wirklich daraus, siehe Bundesparteitag 2007. – Ganz schlimm ist das, was Frau Kraft – hier wird es wieder Chefsache – in Berlin gesagt hat. Ich zitiere Frau Kraft: Das sage ich ganz deutlich. Hier habt ihr einiges auf den Weg gebracht, was ich bemerkenswert finde und wo wir euch hinterhereifern werden.

Das ist eine klare Kampfansage an das Schulsystem. Denn in Berlin werden die Gymnasiumsplätze verlost. Haupt-, Real- und Gesamtschulen wurden abgeschafft, und es wird mittlerweile eine Gemeinschaftsschule als Pilotprojekt gemacht und zwar von Klasse 1 bis Klasse 13. Wenn man da nicht von Einheitsschule spricht – da muss einem wirklich angst und bange um dieses Land werden.

Und „hinterhereifern“ ist ein Synonym – ich habe einmal im Synonym-Wörterbuch nachgesehen – für „Extremist“ und „Fanatiker“. Das bedeutet es auch an der Stelle.

Nein, anstatt fanatisch zu sein, sollten Sie lieber schauen, dass wir den Schulfrieden wieder hinbekommen und vernünftige, konsensartige Lösungen finden.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Wir tun das. Wir haben sicherlich dazugelernt und diskutieren das gerade auch bei uns. Wir werden auch weiterhin gute Vorschläge erarbeiten. Das sollten Sie auch tun und für Verbundschulen die Vielgliedrigkeit zulassen.

Hören Sie auf, Feuer zu legen, meine Damen und Herren! Lassen Sie die Schule im Dorf! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Ratajczak. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Link das Wort.

Sören Link (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber geschätzter Kollege Ratajczak, ich nehme Ihnen persönlich durchaus ab, dass Sie den Schulfrieden wollen, auch wenn Ihre Rede möglicherweise nicht dazu geeignet war, die Brücken dorthin zu bauen.

Aber ich muss sagen: Wenn man sich, insbesondere in den letzten Wochen, die Redebeiträge von Herrn Wittke anhört und auf der Zunge zergehen lässt, dann sind wir von einem Schulfrieden meilenweit entfernt, dann sind wir von politischer Kultur meilenweit entfernt. Es würde einem demokratisch gewählten Vorsitzenden einer demokratischen Partei gut zu Gesicht stehen, den Generalsekretär zurückzupfeifen. Das war eine Verbalentgleisung erster Güte; die ist unwürdig.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich frage mich allen Ernstes: Warum wählen Sie solche Worte? Es gibt ja nur zwei Möglichkeiten. Die eine hat Herr Witzel gerade aufgezeigt: Der Schulversuch floppt. Aus meiner Sicht hat er das so dargestellt.

(Ralf Witzel [FDP]: Das zeigen ganz nüchtern die amtlichen rot-grünen Regierungsdaten!)

Dann gibt es keinen Grund, so nervös zu werden und von irgendwelchen Verfassungsklagen zu reden. Dann gibt es keinen Grund, uns immer und immer wieder mit dem Volksbegehren zu kommen und mit Rechtsgutachten zu drohen. Dann kann

man sich ganz entspannt zurücklehnen und die Zeit abwarten, weil es dann ja sowieso wie geplant kommt.

Die andere Variante ist die: Der Schulversuch wird ein Riesenerfolg. Dann frage ich mich auch: Warum sind Sie so nervös? Denn dann werden wir – das hat die Frau Ministerin gesagt, das hat die SPD-Fraktion gesagt, das hat die Fraktion der Grünen gesagt –, wenn die Zahl der Anträge eine gewisse Größenordnung übersteigt, ins Parlament kommen, selbstverständlich eine parlamentarische Debatte führen und eine gesetzliche Grundlage schaffen.

Es gibt also überhaupt keinen Grund für solche martialischen Worte, wie Sie Herr Wittke gebraucht hat. Es gibt überhaupt keinen Grund zu einer Angstdebatte. Und es gibt überhaupt kein Erfordernis für eine immer wiederkehrende Flut von Behauptungen, die Sie durch nichts widerlegen können.

(Ralf Witzel [FDP]: Nicht widerlegen, aber belegen können wir das schon!)

Ich frage mich allen Ernstes, Frau Pieper-von Heiden: Wo werden in Nordrhein-Westfalen durch diese Landesregierung Unterrichtsstandards gesenkt? Wo werden durch diese Landesregierung Schulen geschlossen? Nennen Sie uns konkrete Beispiele, statt hier nur zu behaupten, es sei alles so. Es ist Quatsch, und das wissen Sie auch. Wir schließen keine Schulen. Wir sorgen dafür, dass vor Ort Schulangebote erhalten bleiben können und Schulangebote attraktiver werden können, als sie es heute sind.

Sie wissen genauso gut wie ich, dass es 100, vielleicht sogar etwas mehr Schulträger gibt, die demnächst keine Schule in ihrem Ort mehr haben werden. Sie wissen, was das für die Menschen bedeutet, die dort wohnen. Und Sie haben fünf Jahre lang die Chance gehabt, etwas dagegen zu tun. Sie haben nichts Wirksames dafür getan. Wir müssen an der Stelle jetzt Ihren Scherbenhaufen wegkehren.

Sie wissen genauso gut wie ich: Die Probleme liegen auf der Hand, was Demografie angeht, was Elternwahlverhalten angeht und was die Frage der sozialen Ungerechtigkeiten im Schulsystem angeht. Sie hatten fünf Jahre Zeit, dagegen etwas zu tun. Sie haben nichts getan.

Ich will Ihnen ausdrücklich sagen: Es gibt andere Bundesländer, durchaus auch solche mit Ihren Regierungsfarben, die erkannt haben, wohin die Zeichen der Zeit deuten, und die darauf reagieren. Darauf haben gerade Frau Hendricks, Frau Beer und auch Frau Ministerin hingewiesen. Nur Sie betreiben beharrlich Realitätsverweigerung. Das wird sich rächen.

Wir gehen diesen Weg ausdrücklich nicht mit, sondern nehmen einen pragmatischen Handlungsansatz auf und machen das, was die Menschen vor Ort ermöglichen. Wir zwingen niemandem etwas

auf, sondern wir bieten den Menschen ein Modell an, von dem wir überzeugt sind. Wir sind überzeugt von der Attraktivität der Gemeinschaftsschule, der Überlegenheit der individuellen Förderung, die dort möglich ist. Das bieten wir an.

Die Menschen, die das wollen, können dieses Angebot annehmen, wenn das Konzept stimmt. Die Menschen, die das Angebot nicht wollen, brauchen es auch nicht anzunehmen. Es gibt überhaupt keinen Grund, in Aufregung zu verfallen.

Ich biete Ihnen, Kolleginnen und Kollegen von der CDU, noch einmal ausdrücklich an: Wenn Sie so entspannt an die Sache herangehen, wie Herr Dr. Sternberg es gerade dargestellt hat – vielleicht auch mit der Überzeugung, die Gemeinschaftsschule sei nicht das Richtige –, dann lassen Sie uns das doch gemeinsam tun. Lassen Sie uns diese Gemeinsamkeit dazu nutzen, die Veränderungen, die vor Ort gewollt werden, gemeinsam zu begleiten und auf die Fragen, die die Menschen und die Kommunen als Bildungsträger vor Ort haben, eine Antwort zu finden, die passt.

Lassen Sie uns daran gemeinsam arbeiten. Dann können wir uns auch gemeinsam um die eigentlich wichtigen Sachen streiten, die heute hier schon mehrfach angesprochen wurden. Eigentlich entscheidend ist doch nicht die Hülle. Die hat etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun. Allen Vorrednern, die das angesprochen haben, stimme ich darin zu. Es hat etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun,

(Ralf Witzel [FDP]: Das hat etwas mit Bildungsqualität zu tun!)

ob mein Kind nach Klasse vier aussortiert wird oder nicht, Herr Witzel. Das haben Sie noch nie verstanden. Das werden Sie auch nie verstehen. Das aber ist die Realität: Kinder werden nach Klasse 4 aussortiert. Das hat etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun.

Das eigentlich Entscheidende, Herr Witzel, ist doch die Frage nach der Qualität von Schule. Lassen Sie uns doch die Fragen der Veränderung der Schulstruktur vor Ort ganz entspannt und seriös gemeinsam regeln. Das Angebot besteht. Ich erneuere es gerne.

Lassen Sie uns dann über die eigentlich spannende Frage der Qualität reden, über Fortbildungen und Klassengrößen, lassen Sie uns über die Frage der Qualitätsentwicklung von Schule reden. Lassen Sie uns über die Unterrichtsstunden, die die Lehrer erteilen müssen, reden. Darüber lohnt ein konstruktiver Streit; über die Frage der Schulstruktur nicht! Denn da sind die Kommunen und die Menschen vor Ort schon wesentlich weiter, als Sie es anscheinend jemals sein werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Link. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, **schließe** ich die **Aktuelle Stunde**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Antrag Drucksache 15/670**. Der Ältestenrat empfiehlt dem Plenum die **Überweisung** des Antrags an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Dort soll die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgen. Sind Sie mit dieser Beschlussempfehlung einverstanden? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit stelle ich die Zustimmung aller Fraktionen dieses Hauses zu dieser Überweisungsempfehlung fest.

Meine Damen und Herren, wir sind damit bei

3 Klares Bekenntnis zu Bonn als Standort für internationale Zusammenarbeit: Bonn muss erster Hauptsitz der neuen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) werden!

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/667

In Verbindung mit:

Mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) den UN-Standort Bonn und Nordrhein-Westfalen insgesamt stärken

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/679

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/814

Meine Damen und Herren, als erste Rednerin hat nun für die antragstellende Fraktion der SPD Frau Abgeordnete Hendricks das Wort. Bitte schön.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir beraten heute zwei Anträge im Landtag von NRW, die sich mit dem Thema der Fusion der Entwicklungsorganisationen zur „Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit“ beschäftigen. Die beiden Anträge könnten kaum unterschiedlicher sein: Obwohl wir versucht haben, mit einem gemeinsamen Antrag dieses Thema im Landtag zu behandeln, hat sich die CDU entschlossen, einen eigenen Antrag auf den Weg zu bringen.

Mit ihrem Antrag übernimmt die CDU die Position des Verhandlungsstandes aus dem BMZ der ver-